Aluf Eli Zeira ...
Generalstabsch...

Machtbefugnisse Kissingers dürften beschnitten werden

Folge des diplomatischen Fiaskos in Zypern

...achtbefugnisse Kissin-...den von der Ford-Ad-...lon empfindlich be-...werden, meldet UPI aus gut unterrichteten Kreisen im Weissen Haus. Ursache soll unter anderem das diplomatische Fiasko der Politik Kissingers auf Zypern, in Athen und in Ankara sein. Die Ermordung des US-Botschafters in Nikosia wird in Washington tief bedauert. Der Abfall Athens von der NATO, die Annäherung Ankaras an Moskau und der Prestigeverlust Washingtons stellen einen Set-Back des Staatssekretärs dar.

Moskau wünscht die baldige Reise Kissingers in die Sowjetunion. Die sowjetische Führung ist beunruhigt und befürchtet, dass das Abkommen über die Zukunft der strategischen Nuklearwaffen nicht unterzeichnet werden wird.

In Washington hat der ehemalige US-Botschafter in Moskau, George Kenann, Senator Jackson scharf angegriffen. Er liess durchblicken, dass Moskau nicht weiter wegen der Auswanderungsfrage unter Druck gesetzt werden dürfte.

ALLON UND PERES ...FERIEREN AUF ...CHAFTER-TAGUNG

...em (H. — Am zweiten ...dreitägigen Konferenz ...er Botschafter in den ...ern, hörten die Kon-...nehmer gestern in Je-... Referate über die gegen-... Situation Israels, von ...räsident Jizchak Ra-...senminister Jigal Allon ...eidigungsminister Schi-...es. Auch der Chef der ...hen Nachrichtendien-... Schlomo Gazit, gab ei-...ewertung, und der Ge-...tor des Finanzministe-...braham Agmon gab ei-...mmenfassenden Bericht ...Wirtschaftsprobleme ...taates.

...Wohnung des Vizemi-...identen und Aussenmi-...lon, in der Jerusalemer ... fand vorgestern abend ...cher Empfang für die ...onferenz teilnehmenden ...er statt, zu dem auch ...amte des Aussenmini-... Staatsbankpräsident ...ad die politischen Kor-...ten der Tagespresse ...

...euen Informationen er-... dass die Aegypter an-... nicht darauf bestehen, ...l zuerst mit Jordanien ...ngen aufnimmt. Die ... sind viel mehr daran ...t. die ersten Verhand-...er zu sein. Ebenso ...r Frage der Palästinen-...ch beim Problem der ...ng der Verhandlungen ...ltung der Aegypter ...d, und sie haben ihre ... mehrfach geän-...

...z zu irrigen Pres-...gen war von vornher-...n gedacht, dass Mini-...t Rabin noch recht-... den Wahlen zum ...chen Repräsentanten-... Senat nach den USA ...l nicht erst nach dem ...es Präsidenten Sadat in ...inigten Staaten. Mini-...ent Rabin will sich in ... vor allem darum be-...efriedigende und klare ...u auf die finanziellen ...Israels zu bekommen. ...rikanern liegen langfri-...nanzierungspläne Israels ... die zwar grundsätzliche ... vorliegen, aber im ein-...n die Durchführung der ...ungen noch nicht be-...

...rag zum
...leisten

Lande

TÜRKISCH-ZYPRIOTISCHER STAAT IN VORBEREITUNG

UN MUSS FAMAGUSTA RAEUMEN

Die türkischen Streitkräfte auf Zypern ordneten die Räumung der Stadt Famagusta durch die Streitkräfte der Vereinten Nationen an. Dies gab ein UN-Sprecher in Nikosia bekannt. Er fügte hinzu. dass die UN-Truppen vorläufig in den Strassen von Famagusta patrouillieren. Die türkische Kommandatur wurde um Erläuterung der Anordnung ersucht. Der Sprecher gab zu, dass einige UN-Einheiten aus Kampfgebieten zurückgezogen worden sind. Die Präsenz der UN-Streitkräfte in einigen von den Türken besetzten Kampfgebieten ist verkleinert worden.

Aus d. Dom-Hotel in Kyrenia und aus der Stadt selbst sind die UN-Kräfte evakuiert worden.

PRO-FRANZÖSISCHE STIMMUNG

Aus Athen wird gemeldet, dass 6000 in Athen weilende Amerikaner ihre Koffer wegen der anti-amerikanischen Stimmung packen. Dagegen soll es zu Sympathie-Kundgebungen für Frankreich gekommen sein. **Frankreich soll Griechenland auf dem Höhepunkt der Zypern-Krise Mirage-Flugzeuge zur Verfügung gestellt haben.** Die Hellas-Maschinenfabrik hat das Patent der Mirage-Motoren erworben.

In Washington wurde die Meldung dementiert, dass Israel den Amerikanern Flottenstützpunkte zur Verfügung stellen wird.

Die türkische Regierung setzt die Vorbereitung für die Errichtung eines türkisch-zypriotischen Staates in den eroberten Gebieten der Insel fort. Dies wurde aus gut informierten Kreisen in Ankara bekannt.

Noch immer soll die Türkei an der Bildung einer Föderation auf Zypern Interesse haben, doch fühlt sich Ankara derart sicher, dass ihr an der Reaktion Athens nicht wesentlich gelegen ist. Der Führer der türkischen Bevölkerung der Insel, Rauf Denktasch, liess den griechisch-zypriotischen Präsidenten Klerides informieren, er sei zu einer Zusammenkunft mit ihm bereit. Bei diesem Treffen sollen „aktuelle Fragen des täglichen Lebens" erörtert werden.

Ueber einen permanenten Frieden auf Zypern müssen allerdings Athen und Ankara verhandeln, sagte Denktasch zu Pressevertretern. Denktasch liess seine Botschaft an Klerides durch Offiziere der UN-Streitkräfte überreichen.

Dagegen erklärte Klerides, solange die türkischen Besetzer den griechisch-zypriotischen Flüchtlingen nicht die Rückkehr in ihre Wohnstätten gestatten, könne von einer Beilegung der Krise keine Rede sein. Etwa 150.000 Flüchtlinge, ein Viertel aller Inselbewohner, sind obdachlos, hiess es in einer Regierungserklärung in Nikosia.

Israel verhaelt sich strikt neutral

Jerusalem (HM) — **Der Sprecher des Aussenministeriums dementierte in Jerusalem nachdrücklich Gerüchte, die in einigen europäischen Zeitungen erschienen waren, dass sich Israel auf irgendwelche Weise zu Gunsten einer der beiden Rivalen im Zypern-Konflikt einmische. Erzählungen darüber, in verschiedenen Versionen, die in der europäischen Presse veröffentlicht wurden, scheinen aus ein- und derselben Quelle zu stammen, betonte der Sprecher.**

Israel, sagte er, unterhalte gute und korrekte Beziehungen zu allen in den Zypern-Konflikt verwickelten Staaten und hoffe aufrichtig, dass der Konflikt nun einer baldigen Lösung zugeführt werden möge.

Ergänzend berichtet unser HM-Korrespondent: Israel hat nicht den geringsten Grund, einer der beiden Parteien im Zypernkonflikt besonders zuzuneigen. Die Beziehungen zwischen Israel und Griechenland sind noch immer auf der Ebene diplomatischer Vertretungen (also weder von Botschaften noch von Gesandtschaften), obwohl die respektiven Chefs der Vertretungen persönlichen Botschafterstatus geniessen.

Was die Türkei betrifft, unterhält zwar Israel mit ihr volle diplomatische Beziehungen auf Botschafter-Ebene, doch neigt die Regierung von Ankara im Nahostkonflikt eher zur arabischer Seite. Der türkische Ministerpräsident Ecevit erklärte unlängst im Rahmen eines Interviews mit einem in Israel sesshaften deutschen Journalisten, dass sich an den „korrekten Beziehungen" der Türkei und Israel auch in letzter Zeit nichts geändert habe.

In bezug auf Zypern, bejahte Israel seit je den Grundsatz der zypriotischen Selbständigkeit, ohne sich im geringsten in dem Konflikt zwischen Griechen und Türken auf Zypern einzumischen oder darüber eine Ansicht zu äussern. Israel betrachtet diese Auseinandersetzung als interne Angelegeit der zypriotischen Republik.

...TE WAHL DES ...-SEKRETAERS

...ene IAP-Sekretär wird ... Merkaz der Partei ge-...erden. Anwärter sind ...mi und M. Granit. doch ...in dritter Kandidat, M. ...eine Kandidatur nicht ...ehen, obwohl er fast kei-...ichten hat. Wie verlau-...ten sechzig Prozent der ...Mitglieder für Sarmi ..., doch behaupten die ...r von Granit, die zum ... ehemaligen Mapei an-... man könne sich auf ...ungen gefasst machen. ...nicht nur von Mapei-...keiten, sondern auch ... Strömungen unter-... ihn setzt sich auch ...nte „Gusch" ein, ...s Sapir, J. Rabino-... andere Veteranen der ... dem Tel Aviver Be-...hören.

...stellvertretende Sekretär ...beitspartei, Mosche Net-... der Rafi-Liste angehört, ...eine Amtierung ein. Er ...m Verteidigungsministe-...anstellung finden, wie er ... Rundfunkkorresponden-...annt gab.

In Ophira wird eine Stadt gebaut werden

Verkehrsminister Gad Jaakobi, der gestern Scharm el-Scheich besuchte, erklärte, in Ophira werde eine Stadt errichtet werden, von der er annimmt, dass sie „auf ewige Zeiten" in israelischer Verwaltung bleiben wird.

In Beantwortung einer Frage sagte der Minister, die El Al-Gesellschaft erwägt die Eröffnung eines Direktflugdienstes zwischen Ophira und Europa. Es werde allerdings bei der Vorbereitung des Flugdienstes notwendig sein, das bestehende Flugfeld für grosse Verkehrsflugzeuge herzurichten.

Arkia Direktor Lew Bigon sagte, seine Gesellschaft habe noch nicht den Erwerb von Arawa Flugzeugen für die internen Binnendienste beschlossen.

ISRAEL NACHRICHTEN

חדשות ישראל

DONNERSTAG, 22. AUGUST 1974 • PREIS: IL 1.— יום חמישי, ד' באלול תשל"ד ★ המחיר: ל"י

Bischöfe aus dem Libanon im Lande - ernennen Nachfolger für Capucci

Entgegen anders lautenden Gerüchten liessen Regierungskreise durchblicken, dass das Gerichtsverfahren gegen den Erzbischof durchgeführt werden wird. Der Häftling hat praktisch in verschiedenen Punkten die ihm zur Last gelegten Taten zugegeben und arbeitet mit den Untersuchungsbeamten zusammen.

Wie verlautet, werden die drei Bischöfe heute vormittag von dem Leiter des Amtes für christliche Angelegenheiten, Dr. Schaul Kolbi, empfangen werden.

Drei Bischöfe der Griechisch-Katholischen Kirche im Libanon kamen nach Israel, um sich nach dem Stand der Untersuchungen in der Affäre des Erzbischofs Capucci zu erkundigen. Es handelt sich um den Erzbischof Paul Aschkar, um seinen Stellvertreter Butrus Samaan und um Chabib Bascha.

Bei der Grenzstation Rosch Hanikra betraten die Vertreter der Griechisch-Katholischen Kirche israelischen Boden. Sie erzählten, sei seien von der Kirche im Libanon nach Israel mit der „Sammlung verschiedener Informationen auf vielen Gebieten" beauftragt worden. Sie wollten nicht sagen, ob sie nur wegen Capucci gekommen waren.

Von Rosch Hanikra fuhren sie nach Haifa, von wo sie die Fahrt nachmittags nach Jerusalem fortsetzten.

Erzbischof Capucci führte gestern Polizeibeamte zu Stellen, wo er in der Vergangenheit Waffen und Explosivstoffe niederlegte, die später von Terroristen übernommen wurden. Er liess dort auch Geldbeträge zur Weiterbeförderung an Terrorverbände zurück.

Der Rechtsberater der Regierung, Meir Schamgar, ersuchte den Generalstaatsanwalt Gabriel Bach, persönlich die Behandlung aller Indizien in dem Fall des Erzbischofs Capucci zu übernehmen.

Rechtsanwalt Azzis Schchade aus Ramalla traf auf Ersuchen der Polizei mit dem verdächtigen Erzbischof zusammen. Es wird angenommen, dass Schchade die Verteidigung Capuccis übernehmen wird. Auch der Vertreter des Vatikans in der Hauptstadt führte mit Capucci ein Gespräch.

Erzbischof Paul Aschkar erklärte in einem Gespräch mit Pressevertretern, die Delegation sei in Israel eingetroffen, um Grüsse und Segen d. Griechisch-Katholischen Kirche an Capucci weiterzuleiten. Er enthüllte, er werde sich hier für einen Nachfolger für Capucci interessieren, da die Gemeinde in Israel nicht ohne geistliches Oberhaupt bleiben könne.

Unter anderem stellte der Erzbischof die in einer arabischen Zeitung in Ostjerusalem erschienene Meldung in Abrede, wonach die Kirche die Regierung Israels um sofortige Haftentlassung und Ausweisung Capuccis nach dem Libanon aufgefordert haben soll.

VATIKAN WURDE IN KENNTNIS GESETZT

Jerusalem (HM) — Der Leiter der Abteilung für Christliche Institutionen im israelischen Aussenministerium Michael Pragai stellte entschieden in Abrede, dass der Vatikan von der Verhaftung des griechisch-katholischen Erzbischofs von Jerusalem, Helarion Capucci, nicht vorzeitig ,d.h. vor Veröffentlichungen darüber, in Kenntnis gesetzt worden sei. Behauptungen dieser Art waren aus offiziellen Vatikanquellen in der Weltpresse erschienen.

Pragai erläuterte, er habe sich gleich nach der ersten Verhaftung Capuccis, am 8. August (als die Durchsuchung in seinem Auto das vielseitige Waffenarsenal aufdeckte) mit dem apostolischen Delegaten in Jerusalem in Verbindung gesetzt und ihn über das Vorkommniss unterrichtet. Der apostolische Delegat ist der permanente Vertreter des Vatikans in Jerusalem.

JUSSUF RAYA WILL DEMISSIONIEREN

Das Oberhaupt der griechisch-katholischen Gemeinde im Galil, Erzbischof Jussuf Raya, dürfte demnächst seine Demission einreichen. Er soll mit dem ehemaligen Erzbischof George Hakim, dem jetzt im Libanon residierenden Patriarchen Maximos V. in schlechten Beziehungen sein und aus seiner Sympathie für Israel kein Hehl machen. Raya amtierte vor seiner Inamtierung in Israel in den Vereinigten Staaten.

MANOEVER FINDET BALD STATT — DAUERT 24 STUNDEN

Das militärische Manöver wird in den nächsten Tagen abgehalten und 24 Stunden dauern. Dies gab gestern ein Militärsprecher bekannt.

RUHE IN ZIDON - NACH GEFECHT MIT TERRORISTEN

Um die Mittagszeit haben die Terroristen die libanesische Hafenstadt Zidon verlassen, wo es vorher zu stundenlangen Exzessen gekommen war. Der Gouverneur der Stadt, Awil Ahud, sagte, die Regierung und die Führer der Terrorverbände hätten gemeinsame Sache gemacht, um die Terroristen aus der Stadt zu vertreiben.

Ueber die Verluste beider Seiten bei den Strassengefechten liegen noch keine Ziffern vor. Nachdem die Terroristen die Strassensperren weggeräumt hatten, wurden die Läden erneut von ihren Besitzern geöffnet.

Wie Presseagenturen melden, lag es in der Absicht der Terrorverbände, eine Machtdemonstration zu veranstalten, um gegen die Ermordung eines Terroristen zu protestieren, der vorgestern den Tod gefunden hatte. Bei diesem Zusammenstoss waren auch zwei Polizisten verletzt worden.

„NEBENROLLE BEI DIAMANTENRAUB" — ABER SCHWERE FREIHEITSSTRAFEN

Tel-Aviv (I) — **Der ehemalige Sicherheitsbeamte der Flugzeug-Industrie, Jizchak Cohen, und der Polizeisergeant vom Flughafen Lod, Abraham David, beide aus Lod, wurden gestern in der Diamantendiebstahlsaffäre schuldig gesprochen. Cohen erhielt vier, Abraham David sechs Jahre Gefängnis. Bekanntlich waren aus einem Lufttransport Diamanten im Wert von zwei Millionen IL verschwunden. Die Angeklagten haben auch IL 5000 Strafe zu zahlen.**

Die beiden Angeklagten wurden schuldig gesprochen, die gestohlenen Diamanten an Käufer weitergeleitet zu haben. Rechtsanwalt Zwi Lideski erklärte, seine Klienten hätten in der Affäre nur eine Nebenrolle gespielt. Man sollte auf ihre reine Vergangenheit Rücksicht nehmen. Cohen sei ein ausgezeichneter Frontsoldat gewesen. Dagegen forderte die Anklage verschärftes Strafmass. Der Richter Dworin gab in der Urteilsbegründung zu, dass die beiden Angeklagten nicht „völlig in die Angelegenheit verwickelt" waren.

Die Diamanten, die im April des Vorjahres verschwanden, sind bis zum heutigen Tag nicht aufgefunden worden. Es wurde nicht festgestellt, ob sie im Land oder im Ausland verkauft worden sind.

ANSCHLAGVERSUCH AUF VIZE-BÜRGERMEISTER VON AFULA

Afula (I) — Um etwa 01.20 Uhr in der Nacht auf gestern explodierte eine 1.5 Kilogramm schwere Sprengladung vor der Tür der Wohnung des stellvertretenden Bürgermeisters von Afula, Josef Zadok, in der Kduschej Haschoa Strasse 204. Die Tür wurde durch die Wucht der Explosion aus ihrem Rahmen gerissen. Es dürfte sich — wie Polizeioffizier A. Peri sagte — um einen Racheakt handeln. Unbekannte wollten Zadok einschüchtern. Ein Jugendlicher wurde in diesem Zusammenhang in Untersuchungshaft genommen. Die polizeiliche Untersuchung wird fortgesetzt. Der verhaftete Jugendliche hatte um die Erlaubnis angesucht, eine Diskothek in einem Luftschutzkeller zu eröffnen. Die Stadtverwaltung hatte sein Gesuch abgewiesen.

Ein spanischer Lieferant stoppte eine Lieferung von 50.000 Tonnen Zement für Israel. Er führte für seinen Schritt „politische Gründe" an, die er jedoch nicht näher spezifizierte.

SONDERSITZUNG DER KNESSET

Am 28. August wird die Knesset zu einer Sondersitzung zusammentreten. Dies beschloss der Knessetvorsitzende auf Grund eines Gesuches, welches von über 30 oppositionellen Knessetabgeordneten eingereicht worden ist. Die Knesset wird die amerikanisch-jordanische gemeinsame Erklärung debattieren, in der von der jordanisch-israelischen Truppenentflechtung die Rede gewesen ist.

RAUCHBOMBENWERFER IN HAFT

Ein 24jähriger aus Tel Aviv, der in der Jair-Strasse in der Schchunat Hatikwa eine Rauchbombe aus einem Auto in eine Menschenmenge „zum Vergnügen" geschleudert hatte, ist gestern verhaftet worden.

DIE LETZTEN 24 STUNDEN

Der syrische Aussenminister traf gestern in London mit dem stellvertretenden britischen Aussenminister zusammen und erörterte Fragen britischer Waffenlieferungen an Syrien. Heute wird der syrische Minister in Washington eintreffen.

Unter dem Namen Achmed Djamal traf der libysche Ministerpräsident Abdul Salam Jaloud in Paris in einem Sonderflugzeug ein. Seit Aegypten mitteilte, dass libysche Mirage-Maschinen im Oktoberkrieg eingesetzt wurden, ist es zu einer Verstimmung zwischen Tripolis und Paris gekommen.

Demonstrationen in Südkorea gegen Japan erreichten gestern einen Höhepunkt. Japan soll hinter dem Anschlag auf Präsident Park gestanden sein.

Die französische Regierung hat eine halbe Million Dollar für die Flüchtlinge in Zypern zur Verfügung gestellt und eine Hilfsaktion der EG-Länder eingeleitet.

JAKIM DAWIDOWITZ ERHÄLT KEINE RENTE

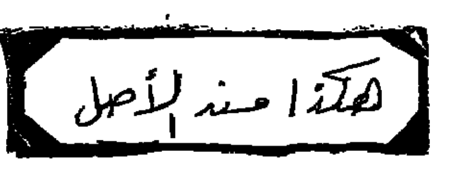
Der sowjetische Oberst in Rube, Jakim Davidowitz, erhält keine Rente. Die sowjetischen Behörden haben dem jüdischen „Helden der Sowjetunion" die Pension gekündigt, der in Minsk wohnt und sich des öfteren für die Auswanderung nach Israel angemeldet hatte. Er ist derzeit 50 Jahre alt, krank und lebt ausschliesslich von staatlicher Unterstützung.

DAS WETTER

Wellengang bis 150 cm.

Temperaturen: Jerusalem 17—26; Tel Aviv 21—28; Haifa 23—28; Lod 18—30; Galil 15—26; Golan-Höhen 14—24; Hermon 11—15; Hule 18—30; Tiberias 2035; Emek Jesreel 17—32; Totes Meer 21—36; Beer Schewa 17—30; Eilat 25—38 Grad.

תל־אביב—יפו
TEL-AVIV—JAFO
P. P. — שולם
139



aus Israels PRESSE

DIE BEZIEHUNGEN ZU DEN USA

Die Beziehungen zu den Vereinigten Staaten und die Form der Einladung Rabins nach Washington stehen im Vordergrund der Erörterungen in den Leitartikeln der Tagespresse.

Dawar wendet sich entschieden gegen den Stil der amerikanisch-jordanischen Vereinbarung und gegen die Form der Einladung Rabins nach Washington. Das Blatt hofft, dass dieser Stil kein Präzedenzfall für die künftigen Beziehungen sein wird. Die USA müssen gewarnt werden, dass ihre Initiative stecken bleiben wird, wenn sie mit Vorschlägen kommen, die uns unvernünftig und irreal erscheinen. Wir verstehen, dass die Vereinigten Staaten die diplomatische Initiative weiter laufen lassen wollen, aber dies muss auf der Basis realistischer Vorschläge vor sich gehen.

Hamodia weist darauf hin, dass die Amerikaner ihre Politik in Kenntnis der Tatsache betreiben, dass Israel in grossem Masse militärisch und wirtschaftlich von ihnen abhängig ist. Die Amerikaner hatten „den Finger am Hahn", sie haben die Waffenwünsche Israels bewilligt, zugleich üben sie jedoch in eleganter Form Druck auf uns aus. Dr. Kissinger sucht nach temporären Lösungen, um eine Stagnation zu vermeiden; ihm scheint nicht bewusst zu sein, dass interimistische Lösungen nicht auf die Dauer standhalten können. Rabin steht allem Anschein nach ein schweres Ringen in Washington bevor.

Schearim führt die amerikanische Politik auf die Verbindungen mit den Arabern zurück, die anlässlich der Entflechtungsabkommen geschaffen wurden. Diese Abkommen kamen auf Grund einseitiger israelischer Verzichte zustande, die bei den Arabern nur den Appetit nach weiteren Konzessionen von seiten Israels gesteigert haben. Die Annahme Golda Meirs und Jizchak Rabins wurde widerlegt, dass Israel durch die Entflechtungsabkommen eine Atempause und Zeit zur Vorbereitung weiterer politischer Schritte erhält.

Omer ist der Meinung, dass wir nicht den ersten „Kurzschluss" in den Beziehungen USA-Israel vor uns haben. Dr. Kissinger schien der Meinung zu sein, es werde Israel nicht angenehm sein, seine Unzufriedenheit über den Stil der amerikanischen Erklärungen zum Ausdruck zu bringen. Das Regime des Präsidenten Ford muss darauf aufmerksam gemacht werden, dass Washington Israel gegenüber mit Vorsicht vorgehen muss, auch wenn der Aussenminister den Präsidenten zu übereilten Schritten drängen sollte.

Hazofe begrüsst die Entscheidung Fords, Nelson Rockefeller als Vizepräsidenten der USA zu empfehlen. Rockefeller ist durch seine proisraelische Haltung bekannt. Dennoch müssen wir vorsichtig sein, denn wir können nicht wissen, ob Rockefellers Einstellung die künftige Politik der USA gegenüber Israel beeinflussen wird.

DIE RUEGE GEGEN ALUF ZEIRA

Haarez ist der Auffassung, dass der Generalstabschef schärfere Massnahmen gegen Aluf Zeira angesichts seines ordnungswidrigen Verhaltens hätte ergreifen müssen. Der Verteidigungsminister und der Generalstabschef tragen die persönliche Verantwortung für die Ausbreitung levantinischer Gewohnheiten bei uns.

Jerusalem Post äussert die Befürchtung, dass die Enthüllungen über Zeira und über die Zuweisung einer Wohnung an ein Ehepaar in einem Einwandererheim nur kleine Hinweise auf einen ganzen Komplex von Korruption und Protektionswirtschaft sind. Alle Erscheinungen dieser Art müssen mit Schärfe gegeisselt werden und es wäre ein schwerer Fehler, sie etwa vertuschen zu wollen.

DIE BEZIEHUNGEN ZUR EWG

Al Hamischmar rät im Gegensatz zur optimistischen Haltung der Wirtschaftsministerien zur Vorsicht bei Verbindungen mit der Europäischen Gemeinschaft. Das Abkommen mit der EG kann leicht dazu führen, dass unser Land mit importierten Luxuswaren überschwemmt wird, gegen die Israels Industrie nicht konkurrieren kann. Daher ist Zurückhaltung gegenüber der EG und sorgfältige Prüfung aller Verträge am Platze.

DIE MEINUNG DER MITTAGSPRESSE

Jediot Achronot begrüssen die Berufung von Nelson Rockefeller zum Vize-Präsidenten der USA. Rockefeller war lange Jahre Gouverneur des Staates New York mit seiner grossen jüdischen Bevölkerung und kennt die Probleme Israels und der Juden genau. Rockefeller wird sicher die Aussenpolitik Dr. Kissingers unterstützen, wird jedoch aus seiner Grundeinstellung heraus den Aussenminister von unüberlegten Schritten vielleicht zurückhalten.

Maariw geht auf die zügellose Hetze ein, die in den arabischen Ländern gegen Israel anlässlich der Verhaftung des Erzbischofs Capucci betrieben wird. Das Blatt weist darauf hin, dass sich heute der Hass der arabischen Nationalisten gegen Israel dokumentiere. Auch die höchsten Geistlichen der Kirche in den arabischen Ländern beteiligen sich an dem ständigen Hass- und Hetzfeldzug gegen den jüdischen Staat.

Auseinandersetzung zwischen Rabinowitz und Meschel über die Teuerungszulage

Den Höhepunkt der Sitzung des Wirtschaftsausschusses des Maarach, die Dienstag spät nachts zu Ende ging, bildete eine scharfe Auseinandersetzung zwischen Finanzminister Jehoschua Rabinowitz und dem Generalsekretär der Histadrut, Jerucham Meschel. **Rabinowitz lehnte die Auffassung ab, dass die Teuerungszulage eine „heilige Institution" sei und nicht angetastet werden dürfe.** Nach seiner Auffassung ist die Teuerungszulage ein erstrangiger inflationistischer Faktor und führt dazu, dass die wirtschaftspolitischen Massnahmen der Regierung durch die späteren Zahlungen an die Arbeiter weitgehend neutralisiert werden.

Finanzminister Rabinowitz erklärte, dies wäre kein Patent für das Bremsen der Inflation, aber wenn die Inflation ein Tempo von über 30% erreicht, dann müssen die Ausgaben des Staates und des öffentlichen Sektors unbedingt eingeschränkt werden. Auch der Lebensstandard kann von Restriktionen nicht verschont bleiben, und nur für die wirtschaftlich schwachen Schichten kann eine Erhöhung des Lebensstandards in Frage kommen.

Es dürfen keinerlei Massnahmen ergriffen werden, die inländische oder ausländische Investoren abschrecken können, denn von der Fortführung der Investitionen ist die Wirtschaft Israels in hohem Masse abhängig. Wenn die bisher ergriffenen wirtschaftspolitischen Massnahmen nicht den gewünschten Erfolg zeitigen werden, so wird die Regierung zu weiteren verschärften Schritten greifen müssen. Im Gegensatz zu seiner üblichen Art sprach Rabinowitz in sehr scharfer Form und lehnte die Auffassungen des Histadrut-Generalsekretärs Meschel, mit aller Deutlichkeit ab.

Auch **Handels- und Industrieminister Chaim Barlew** kritisierte die Haltung der Histadrut. Man könne von den Industriellen nicht verlangen, dass nur ein Drittel der Teuerungszulagen bei der Festlegung der Preise berücksichtigt werden solle. Die Industrie muss in grosse finanzielle Schwierigkeiten geraten und kann nicht exportieren, wenn sie derartig grosse Belastungen auf dem Felde der Lohnpolitik auf sich nehmen muss.

Jerucham Meschel verteidigte die Haltung der Histadrut. Er forderte, dass die Regierung und die anderen zuständigen Instanzen ihre Aufmerksamkeit den Gehältern in den Banken zuwenden sollten, nicht nur den Gehältern der unteren Beamten, sondern auch derer, die an der Spitze der grossen Finanzinstitute stehen. Meschel erklärte, die Regierung habe keinerlei Recht, d. System der Teuerungszulage zu ändern, da dieses in langjährigen Vereinbarungen festgelegt sei. Der Maarach und die Arbeitspartei könnten ebenfalls keine Aenderungen vornehmen, da sich die Partei in ihrem Wahlprogramm ausdrücklich zur Aufrechterhaltung des Systems der Teuerungszulage in seiner jetzigen Form verpflichtet hat. Darauf antwortete **Erziehungsminister Aharon Jadlin:** „Programmgrundsätze sind notwendig, aber in Notzeiten sind auch schwerwiegende Entscheidungen erforderlich." Alle Vertreter der Regierung liessen erkennen, dass sie das System der Teuerungszulage für dringend reformbedürftig halten. Die Sitzung des Maarach endete im Geiste der Zustimmung zu den wirtschaftspolitischen Massnahmen der Regierung; zugleich wurde jedoch klar, dass zwischen den Mitgliedern des Kabinetts und den Mitgliedern der Histadrut weiterhin schwerwiegende Meinungsverschiedenheiten bestehen.

Handels- und Industr... ster Barlew hatte noch ... dass die Regierung nicht ... Lage sei, die Subvention... den Export zu erhöhen. ... Problem steht auch in ... chungen zwischen den ... striellen und den Ministe... binowitz und Barlew zur I... Heute tritt das erweiterte ... dium des Industriellenver... zu einer Sitzung zusamm... der sich die beiden erv... Minister wie auch der Pr... der Staatsbank, Mosch... bar, beteiligen werden. Al... gen der Kreditgewährun... Vorfinanzierung und d... beitsbeziehungen sollen ... chen werden.

EXPORT-INSTITUT SUCHT NEUEN GENERALSEKRETAER

Der Generalsekretär des Export-Instituts, **Abraham Dar,** der seit langem seinen Rücktritt angekündigt hat, wird am 15. September endgültig aus dem Amte ausscheiden. Auf Bitten der Leitung hatte er seine Dienstzeit noch bis zu diesem Tage verlängert. Die Leitung des Export-Instituts unternimmt grosse Bemühungen, um einen Nachfolger für ihn zu finden. Inzwischen wurden auch Vorschläge zur Kombinierung der Arbeit aller Institutionen für Exportförderung (unter Einschluss der Israelischen Messegesellschaft) erneut zur Debatte gestellt.

BAUUNTERNEHMER DROHEN MIT STREIK

Die Bauunternehmer wollen auf einer Notstands-Konferenz in der kommenden Woche die Bestreikung des gesamten Bauwesens in Erwägung ziehen.

Ursache dieser Drohung ist die Erfolglosigkeit aller Bemühungen beim Finanzministerium und beim Finanzausschuss der Knesset um eine Erleichterung in der Frage der Besitzsteuer. Entsprechend der derzeitigen Entscheidung muss diese Steuer für alle Bauplätze und für alle im Bau befindlichen Wohnungen, sogar für die bereits verkauften, entrichtet werden. Die Bauunternehmer sind nur zu einer Entrichtung der Besitzsteuer auf ihr ständiges Betriebsinventar, nicht aber auf ihre Vorräte an Baumaterialien bereit.

Terroranschlag in Jerusalem verhuetet

Eine getarnte Sprengladung im Gewicht von 7 kg konnte im Bereich des Machane Jehuda-Marktes in Jerusalem dank der Aufmerksamkeit von zwei Zivilschutz-Angehörigen entdeckt und entschärft werden.

Auf ihrem routinemässigen Patrouillengang hatten diese beiden „Haga"-Angehörigen einen Kinderwagen wahrgenommen, der neben der Filiale der Union-Bank abgestellt war. Sie beschlossen eine Durchsuchung dieses verdächtigen Kinderwagens und fanden darin zwei Gasballone, die mit dem Sprengstoff und mit einem Eimer, der Gummisohlen und Lumpen enthielt, verbunden waren. Der diensthabende Sprengstoffsachverständige der Polizei, Obersergeant Mordechai Schuschan, traf bereits nach drei Minuten ein und trennte die Sprengladung und das brennbare Material von einem Verzögerungszünder, der die Explosion schon kurz nach dem Zeitpunkt der Entschärfung der Sprengladung auslösen sollte.

Wie sich nach den ersten polizeilichen Ermittlungen ergab, handelt es sich um Gasballone jener Form, wie sie in Ost-Jerusalem und im Westufergebiet benützt werden. Der Sprengstoff muss erst vor kurzer Zeit aus einem arabischen Staat nach Israel gebracht worden sein.

Die beiden Zivilschutz-Angehörigen erhielten hohes Lob für ihre Wachsamkeit. Der Polizeikommandant des Bezirkes Jerusalem, Tat-Nizaw Heinz Breitenfeld, der sogleich am Tatort eintraf, erklärte: „Durch ihre Aufmerksamkeit wurde ein unermessliches Unglück verhütet, denn ausser den zahlreichen Passanten waren auch die fünfzehn Familien, die in diesem Gebäude wohnen, bedroht." Die entschärfte Sprengladung „war eine der grössten, die bisher zur Durchführung von Terroranschlägen benutzt wurden. Sie war weitaus grösser als jene, die vor fünf Jahren im Machane Jehuda-Markt explodierte; Dutzende von Toten und Verletzten waren damals zu beklagen.

Weitere Meldungen fuer die Buergerwehr

Wenn auch im verhältnismässig langsamen Rhythmus geht **die Meldung für die Bürgerwehr** im ganzen Lande weiter — erklärten zuständige Stellen in Tel-Aviv.

Sie wiesen darauf hin, dass sich bisher etwa 35.000 Menschen für die Bürgerwehr im ganzen Lande eingetragen haben. **Die Bewaffnung der Bürgerwehr ist jetzt nur noch eine Frage für eine recht kurze Zeit,** da die ersten Waffen bereits zur Verfügung stehen und auch schon zur Verteilung gelangt sind.

Triumphale Premiere von Schönbergs »Moses und Aron«

GOLDA MEIR ALS EHRENGAST AKKLAMIERT

(AS) — Zu einem künstlerischen und gesellschaftlichen Ereignis ersten Ranges gestaltete sich die israelische Premiere der Hamburger Einstudierung der Schönberg-Oper „Moses und Aron" im stimmungsvollen römischen Theater von Cäsarea. Das Gastspiel steht unter dem Patronat des Botschafters der Bundesrepublik Deutschland, Jesko von Puttkamer.

Als bejubelter Ehrengast des Botschafters erschien bei der israelischen Uraufführung Frau Golda Meir, die vom deutschen Botschafter empfangen und zu den Ehrensitzen geleitet wurde. Frau Meir, in einem hellblauen langen Abendkleid, war Mittelpunkt des Interesses vor Beginn der Vorstellung und in der Pause, und ihre Leibwächter hatten alle Hände voll zu tun, teilnahmsvolle Neugierige fernzuhalten. Bei ihrer Ankunft wurde ist eine stehende Ovation des tausendköpfigen Publikums zuteil. Am Schluss der Vorstellung bat man alle Anwesenden zu warten, bis Frau Meir mit ihrer Begleitung das Theater verlassen hatte.

Unter den unzähligen prominenten Gästen im randvoll gefüllten Römischen Theater, sah man u.a. den Staatskontrolleur Dr. Nebenzahl, den Botschafter der USA, Kenneth Keating mit Gemahlin, Oberrichter Chaim Cohen, sowie Vertreter der Kunstwelt, wie Festspieldirektor A.Z. Propes, Hanna Rowina, Jossi Jadin mit Gemahlin, Dirigent Georg Singer, Josef Millo, wie auch viele prominente Musiker. Nach Schluss der Vorstellung brachte das Publikum dem Dirigenten Gary Bertini, den Hauptdarstellern Franz Masura (Moses) und Thomas Herndon (Aron) sowie allen übrigen Mitwirkenden, dem Orchester und der Spielleitung der Hamburger Staatsoper nicht endenwollende Ovationen dar.

Die Polizei hatte umfassende Vorkehrungen getroffen, um jede mögliche Störung zu unterbinden.

Eine eingehende Würdigung der Opernaufführung bringen wir morgen.

EHEMALIGE PARTISANEN GEGEN HAMBURGER OPER

In Telegrammen an führende Persönlichkeiten des Staates wandten sich jetzt die Verbände ehemaliger Antinazi- und Partisanenkämpfer gegen die Einladung d. Hamburger Staatsoper zu dem Israelfestival. Sie wiesen darauf hin, dass dieses Auftreten zahlreiche israelische Bürger störe und daher nicht als gerechtfertigt anzusehen sei.

Die Aktion der Verbände erfolgt erstaunlich verspätet, da ja bereits seit geraumer Zeit bekannt gewesen war, dass die Hamburger Oper zum Festival erscheinen würde. Nun, da die Opernmitglieder eingetroffen sind und die erste Aufführung stattgefunden hat, ist der Protest nur noch als symbolisch zu bezeichnen.

In Kreisen der Festspielbesucher wurde die Aktion der Verbände mit Missfallen aufgenommen. Es wurde besonders darauf hingewiesen, dass für eine solche Aktion nicht die geringste Begründung bestehe.

Neueste FILM

Deux homme dans la ville (Zafon Tel-A

Zwei Männer in der Stadt — dieser französische Film, inszeniert von einem neuen Regisseur Jose Giovanni, ist kein Kriminalfilm, obwohl seine Hauptfigur, gespielt von Alain Delon, ein ehemaliger Sträfling ist, der nach zehn Jahren einer wegen Raub über ihn verhängten Gefängnisstrafe vorzeitig entlassen wird. Um ihn, den entlassenen Sträfling, der ein neues Leben an der Hand und mit Hilfe seiner jungen Frau beginnen will, kämpfen zwei Männer, der eine ist der bejahrte menschenfreundliche Probation Offizier („Bewährungshelfer"), den Jean Gabin mit ergreifender Menschlichkeit spielt, und der andere ist jener Polizeikommissar, der einst den jungen Bankräuber gefasst hat und der, unfähig, an die Besserung des menschlichen Herzens zu glauben, den einmal Gestrauchelten mit brennendem Hass und beruflichem Kriminalistenehrgeiz verfolgt, bis — ein neues Unglück passiert, und der ehemalige Sträfling, von Verzweiflung gepackt, die ... zum Totschlag an seinen ... bitlichen Feind erhebt, d... auch das Liebste in ... freudlosen Leben rauber... die Frau, die nach dem ... tod seiner ersten Frau i... Hand zum neuen Leber... reichen will, obwohl si... Vergangenheit kennt.

Das Gesetz ist von ... Strenge, die Richter sin... imstande, das seelische ... des Mannes, der kein ... cher ist, mitzufühlen unc... teilen ihn zum Tode. D... richtsverhandlung mit d... doyers von Staatsanwa... Verteidigerin, mit den ... aussagen aller Beteiligte... allem des echten Hum... den Jean Gabin so überz... verkörpert, ist am En... Films die entscheidende ... in der die ganze Prob... des Kriminellen und der ... fung durch die Gesellsch... auch das Recht der Gese... zur Bestrafung — klug u... jektiv erörtert wird.

Kein Kriminalfilm — ... eine ernsthafte psychol... Untersuchung des schw... Problems, wie man entl... Strafgefangenen wieder ... nem neuen besseren Leb... helfen kann. Alain Del... niemals echter und glau... gespielt als diesen unglüc... Menschen, zwischen Lebe... nung und Verzweiflung ... bend, er ist auch — zum ... Male— der Produzent des ... muss also an ihn glaube... scheint, dass dieser Glau... rechtfertigt ist, der Fil... eine saubere, humane Arb... man könnte kein besseres ... für ihn setzen, als das Do... ski-Wort aus dem „Toten... „In jeder Kreatur ein ... Gottes". Ein wertvoller, ... Nachdenken anregender ...

kleine ANZEIGEN

● **Philipp der Fachmann:** Kaufe gebrauchte Möbel, Frigidaire, Televisionsgeräte, Erbschaften, Antiquitäten, Telefon 876818; abends: 873223.

● **Gesucht Fachmann** für Bilderrahmen, Tel. 57112, Ejlat 47, Tel-Aviv.

HAIFA

● **Gegen Schlüsselgeld:** 1) In Achusa, schöne 2½ Zimmerwohnung, ruhige und zentrale Lage. 2) Neben Merkas Hacarmel, ruhige Gegend, 4 Zimmer und 3 Familienhaus. Einzelheiten und weitere Angebote von Wohnungen in allen Grössen zu verkaufen und gegen Monatsmiete im ganzen Gebiet von Haifa im Büro Sternberg, Hanassi 130 Tel. 04-88808 — 04-83260 Haifa.

KRISE IM BAUFACH

eber die Frage der ministe-
en Verantwortung ist im
chluss an den Jom-Kippur-
g und den Agranatbericht
gesprochen worden. Es
int, dass dieser Begriff in
l nicht oder kaum zur An-
ung kommt.
jeher diskutieren Wirt-
ftspolitiker, welches Ele-
beim Wohnungsbau mehr
Gewicht fällt: seine infla-
fördernde, also negative,
nschaft, oder aber seine po-
Auswirkung auf sozialpoli-
em Gebiet, indem er den
en Massen zu Wohnungen
lft, die den Lebensstandar-
des 20. Jahrhunderts ange-
en sind. Im Rahmen der
ich veröffentlichten Wirt-
smassnahmen wurde wie-
unterstrichen, dass der
weig der die Wirtschaft
nde ist, und seine Ueber-
ng massgeblichen, wenn
ausschlaggebenden, Anteil
er scharfen Inflationsrate
Augenblicklich befinden sich
aben im Ausmass von IL
Milliarden im Bau, obwohl
Maximalkapazität Israels
mehr als IL 11 Milliarden
gt. Diese Bauaktivität trägt
Hauptschuld an den über-
gen Preissteigerungen, al-
der gefährlichen, d. Wirt-
t zerstörenden, Inflation.
t es kein Wunder, dass die
shebel besonders stark im
werbe angelegt wurden.
Ueberhitzung d. Wohnungs-
mit ihren negativen
einungen ist keine neue
nntnis. Anfang 1973 ha-
lie damaligen Finanz- und
ungsbauminister, Herren
und Scharef. beschlossen,
rivaten Wohnungsbau im
des Jahres 1973 um 12.000
ungen einzuschränken.
r Beschluss wurde gefasst,
em die seit 1970 vorge-
enen Versuche der admi-
iven Drosselung der Bau-
rie, für dessen Durchfüh-
der Wohnungsbauminister
wortlich war, keinen Er-
hatten, wohl keinen haben
en, da zwar der Bau von
enhäusern und ähnlichen
chtigen" Institutionen ver-
wurde, aber Luxuswoh-
n von 150 qm, 200 qm
300 qm durften weiter er-
werden. Aber wenn es
1972 52750 Wohnungen
Privatsektors im Bausta-
gab, so waren es Ende
52.900. Mit diesen Mass-
en und Beschlüssen hoffte
— und das war ihre Ab-
— Produktionsmittel frei-
chen, die für die Her- und
stellung der Wohnungen
Neueinwanderer, junge Paa-
d Elendsquartiersbewohner
t werden sollten. Dieser
luss aus dem Jahr 1973,
er durchgeführt worden
müsste sich jetzt im
albahr 1974 auswirken.
was hören wir täglich?
des Nachlassens der Ein-
erung fehlt es an Wohnun-
ür diese. Zum Teil wird
Absinken der Einwande-
us den westlichen Ländern
Einordnungsminister Ro-
em Fehlen von Wohnun-
ugeschrieben. Junge Paare

demonstrieren und streiken weiter, da sie keine Wohnungen auftreiben können, und gewiss nicht zu Bedingungen, die für sie halbwegs tragbar sind. Bewohner von Elendsquartieren hören, dass man sich mit ihrem Problem befasst, und im Laufe von Jahren soll es gelöst werden. Jetzt sind wir schon so weit, dass im Rahmen des Bausparsystems der Regierung das Wohnungsbauministerium Prioritäten bestimmt, und wenn jemand unter diese Prioritäten nicht fällt, nützt es ihm nichts, dass er einen von der Regierung unterschriebenen Vertrag in Händen hält, den er im Laufe von Jahren getreulich erfüllt hat und in dem von solchen Prioritäten als Bedingung der Unterstützungsberechtigung nicht die Rede ist.

Was sich heute auf dem Wohnungsbaumarkt abspielt, ist eine Folge der Politik der Regierungskadenz vor den letzten Wahlen. Der Vorschlag des damaligen Wohnungsbauministers an die Bevölkerung, vom Wohnungskauf Abstand zu nehmen, da die Preise innerhalb ½ Jahr fallen werden, ist noch in Erinnerung. Und was sich tatsächlich ereignet hat, bedarf keiner Erwähnung. Im Juni 1971 erklärte derselbe Minister im Parlament, dass die Elendsquartiere im Rahmen eines 5-Jahresplans, beginnend 1972, beseitigt werden. Immer wieder hörte man aus seinem Munde, dass das Wohnungsproblem für junge Paare im Jahre 1975 praktisch gelöst sein wird. Der Preis, den der Staat und jeder Einzele für eine Politik der ungedeckten Erklärungen, denen keinerlei konkrete und entsprechende Massnahmen folgten, zu zahlen hat, ist schwer zu errechnen. Er beläuft sich auf Dutzende, wenn nicht Hunderte von Millionen.

Finanzminister Rabinowitz ist mit Recht unglücklich darüber, dass der Bürger sein Leben weiterlebt, als sei der Staat wirtschaftlich nicht in einer ganz gefährlichen Notlage. Aber woher soll der Bürger den Glauben nehmen, dass sein Verzicht nicht ein einseitiger Verzicht bleibt und Erklärungen durch durchdachte und positive Politik abgelöst werden? Zunächst zahlt der Bürger für Fehler früherer Minister.

Es wäre richtig, den für die schwere Krise verantwortlichen ehemaligen Minister zur Rechenschaft zu ziehen für das, was er versäumt hat, d.h. den Akt der ministeriellen Verantwortung anzuwenden. Nicht von Strafe soll die Rede sein. Aber der psychologische Effekt einer vor der Oeffentlichkeit geführten Diskussion könnte von Wichtigkeit sein für die Allgemeinheit, die sähe, dass Rechenschaft verlangt wird auch von dem, dem Verantwortung übertragen wurde, aber sie in einer Form einsetzte oder auch nicht einsetzte, die den Staat an den Rand des wirtschaftlichen Ruins brachte. Eine solche öffentliche Diskussion mit Fachleuten, denen man keinen Bären aufbinden kann, könnte gleichzeitig wichtig sein für die Formulierung und Festlegung der jetzigen und zukünftigen Politik auf diesem für die Wirtschaft und für jeden einzelnen Staatsbürger so wichtigen Gebiet des Bausektors im allgemeinen und des Wohnungsbaues im besonderen.

N.G.

KEINE VORZUGSWOHNUNGEN IN DER JERUSALEMER ALTSTADT

Von DAWACH

Mit der Frage der Bevorzugungen bei der Zuweisung von Wohnungen im Jüdischen Viertel der Altstadt von Jerusalem will sich nun Justizminister Zadok beschäftigen. Dieses Anliegen war von MdK Aharon Efrat an ihn herangetragen worden. Inzwischen hat sich aber bereits Staatskontrolleur Jizchak Nebenzahl diesem Problem gewidmet und seine Stellungnahme muss noch abgewartet werden.

Es geht vor allem darum, dass bisher nicht jedem Bewerber ein Wohnrecht in der Altstadt zugebilligt wurde. Auf der anderen Seite erhielten aber Personen, die bereits eine Wohnung in einem anderen Teil des Landes besitzen, unter auffallender Bevorzugung auch noch eine Wohnung, sogar mit einer Grundfläche von mehr als 200 qm, im Jüdischen Viertel zugewiesen. Die Behörde, die eine solche „Bevölkerungsplanung" ausgearbeitet hatte, weigerte sich beharrlich, ihre Erwägungen bekanntzugeben und die Liste der Bewerber zu veröffentlichen. Damit wird aus dem ganzen Komplex ein Rechtsfall, den zu beurteilen dem Justizminister obliegt.

WOHNUNGSSTREIT MIT UNTERMIETER STAAT

Es ging um ein Bürogebäude neben dem „Präsidenten"-Hotel in Jerusalem, das dem Hotelbesitzer Chaim Schiff gehört und dessen Untermieter der Staat, nämlich die Regierungsgesellschaft für Münzen und Medaillen ist. Dieser Untermieter verlangte den Verkauf dieser Gebäude, nachdem sie von ihrem Besitzer unter einer Investierung von rund sechs Millionen IL renoviert wurden.

Das Bezirksgericht Jerusalem unter Vorsitz des Richters Felix Landau hatte bereits eine einstweilige Verfügung erlassen, die zu einer Ausquartierung der Münzengesellschaft geführt hätte, im Endurteil aber die Weiterbenutzung der Räume zugestanden. An dieses Benutzungsrecht sind eine Reihe von Bedingungen geknüpft, vor allem der freie Zugang zur Privatwohnung des Hotelbesitzers und Hauseigentümers und der Verzicht auf bauliche Veränderungen im Bürohaus. Sollte sich der staatliche Untermieter, vertreten durch seinen Direktor Jizchak Awni, nicht genauestens an diese Auflagen halten und auch nur die geringste Aenderung in den Räumen vornehmen, kann Chaim Schiff nochmals eine Räumungsklage einreichen.

SPIONAGE IST KEIN FREIHEITSKAMPF

Durch Spionage und Sabotage-Anschläge können „die legitimen Rechte des palästinensischen Volkes" nicht erlangt werden — das muss mit aller Deutlichkeit gesagt. Wenn das Oberste Gericht dennoch spürbaren Strafnachlass für fast alle Angeklagten des jüdisch-arabischen Spionage-Ringes gewährte, geschah dies lediglich aus menschlichem Verständnis und Entgegenkommen.

Nachdem bereits vor einem Monat die Strafe von Rami Liwne von zehn auf vier Jahre Gefängnis und die von Mali Lehrmann von sieben auf zwei Jahre Gefängnis herabgesetzt wurde, erhielten nun 15 weitere Angeklagte Strafnachlass. Nur zwei Berufungsanträge wurden abgewiesen.

Die Richter Cohn, Kister und Ezioni bewilligten folgende Strafnachlässe: Schuki Hatiw von neun auf acht Jahre Gefängnis—Ali Samni je von neun auf sieben Jahre Gefängnis — David Cooper, Chamud Sakifi und Chassan Aslije von sieben auf fünf Jahre Gefängnis, wovon zwei Jahre mit Bewährungsfrist ausgesetzt wurden — Mahmud Chalef, Omar Aslije und Jussif Nasr von sechs auf vier Jahre Gefängnis, wovon ebenfalls zwei Jahre unter Bewährungsfrist fallen — Jasser Jama und Chalil Kassem von vier auf drei Jahre Gefängnis, wobei ein Jahr mit Bewährungsfrist ausgesetzt wurde. Lediglich die neunjährige Gefängnisstrafe für Jecheskel Cohen verkürzten die Richter nicht, diese bleibt damit nach den Berufungsverhandlungen als die schwerste Strafe im Spionageprozess bestehen.

Am gleichen Verhandlungstage hatten die Richter Cohn, Ezioni und Kahan folgende Strafnachlässe zugestanden: Mahmud Masrua von zehn auf sechs Jahre Gefängnis — Gassem Akbarije von achteinhalb auf sechs Jahre Gefängnis — Mahmud Dasuki von sieben auf fünf Jahre Gefängnis — Diab Sumsum von sechs auf vier Jahre Gefängnis, wovon zwei Jahre mit Bewährungsfrist ausgesetzt wurden — Ahmad Masri und Kassem Massalha von fünf auf drei Jahre Gefängnis — Salah Jibrin, der zu drei Jahren Gefängnis verurteilt worden war, wurde freigesprochen. Die vierjährige Gefängnisstrafe für Chassan Jibrin bleibt bestehen.

Im Rahmen der Berufungsverhandlungen wurden die Beschwerden gegen die Untersuchungsbeamten der Polizei als unbegründet abgewiesen. Das Gericht kam zu der Ueberzeugung, dass sich jene Beamten sogar mustergültig verhalten hatten und eine Belobigung verdienen.

URTEIL GEGEN DIE HISTADRUT

Die Entlassung eines Arbeitnehmers der Bank Hapoalim im April 1972 war Gegenstand einer Verhandlung vor dem Bezirks-Arbeitsgericht von Tel Aviv, dessen Urteil vom Landesarbeitsgericht bestätigt wurde. Grund der Entlassung war ein Streit zwischen zwei Arbeitern dieser Bank gewesen, von denen jedoch nur einer am darauffolgenden Tage entlassen wurde, und zwar hauptsächlich deshalb, weil dieser schon drei Jahre zuvor in einen Streit verwickelt war und damals bereits verwarnt wurde.

Die Verhandlung ging aber im wesentlichen gegen die Aufsichtsbehörde der Histadrut und diese wurde in diesem präzedenzlosen Urteil einer Ueberschreitung ihrer Vollmachten beschuldigt. Nur zwei von acht Mitgliedern dieser Kommission, nämlich der damalige Vorsitzende Baruch Osnia und sein derzeitiger Vorsitzende Nissim Becher hatten sowohl die Nachprüfung wie auch die Beurteilung der Beschwerde übernommen — hierin sah das Gericht zwei Verstösse, die eine Aufhebung des Kommissionsbeschlusses zur Folge haben müssen. Die Bank Hapoalim muss daher die Gerichts- und Anwaltskosten beider Instanzen bezahlen.

VIEL WENIGER VERLUST VON ARBEITSTAGEN DURCH STREIKS

Nach einer gemeinsamen Untersuchung von Fachleuten der Histadrut und der Regierung gingen im ersten Halbjahr 1974 durch Streiks nur 24.500 Arbeitstage verloren, gegenüber 272.000 in der Parallelzeit des Vorjahres. Der Rückgang der verlorenen Arbeitstage beläuft sich auf nicht weniger als 91 Prozent und spiegelt die veränderte Situation nach dem Jom Kippur-Krieg wieder.

Von den registrierten Streiks wurden 58 Prozent im öffentlichen Sektor durchgeführt, 12 Prozent in Betrieben des Histadrutsektors. Der Rest verteilte sich auf nicht genau erfasste Unternehmungen.

«Schutz gegen Inflation»

Der kleine Sparer zittert um sein Geld

Von E. JACOB

In den letzten Tagen haben alle diejenigen, die ihre Hoffnung auf schnelle Gewinne aus Transaktionen mit wertgebundenen Pfandbriefen setzten, bittere Enttäuschungen erlebt. Sowohl die Pfandbriefe als auch die Aktien gingen in rasendem Tempo abwärts, und zum Teil waren Papiere überhaupt unverkäuflich. Die Baisse bei den Pfandbriefen wird durch die Tatsache erklärt, dass der Index längst nicht in dem Masse heraufgegangen ist, wie man erwartet hatte. Der Fall der Aktienkurse hängt mit der allgemeinen Wirtschaftsentwicklung zusammen.

Die Besitzer von Papieren werden höchstwahrscheinlich auch in der nächsten Zeit keine grosse Freude über ihre Anlagen haben. In der Wirtschaft macht sich langsam ein gewisser Umschwung bemerkbar: zum ersten Mal ist der Umlauf von Zahlungsmitteln merklich zurückgegangen, ausserdem wird der Wirtschaftsbetrieb noch durch die neuen Kreditbeschränkungen stranguliert. Der Mangel an Bargeld wird zu weiteren Verkäufen an Wertpapieren führen und die Folgen kann man sich ausdenken.

Die Transaktionen mit wertgebundenen Papieren kamen aus denjenigen Kreisen, die in aller Eile „Schutz gegen Inflation" suchen wollten. Wieder zeigt sich, dass man im allgemeinen Gewinne nicht in aller Eile erzielen kann, und wer sich auf Spekulationsgeschäfte einlässt, muss auch mit Verlusten rechnen. Trotz allem haben wir schon wegen der Weltinflation mit weiteren Preissteigerungen und einer gewissen inflationären Tendenz in unserem Lande auch weiterhin zu rechnen. Unter diesen Umständen taucht die Frage auf, was ein Landeseinwohner tun kann, um den Wert seiner Ersparnisse sich möglichst zu erhalten. Trotz aller gegenteiligen Berechnungen kann Entschädigungsempfängern in hohem Alter geraten werden, ihre Gelder auf den Konten zu lassen. Sie erhalten zwar weniger Zinsen, sie geniesen jedoch den Schutz der Wertbeständigkeit und haben ausserdem den Vorteil — allerdings in wechselndem Umfange — beim Verkauf von Tamam-Geldern erhöhte Zahlungen herauszubekommen.

Wer an Anlagen auf mehrere Jahre denkt, der wird am besten bei dem Programm „Sparen 10.000" fahren, das von allen Banken empfohlen wird. Hier handelt es sich um eine Geldanlage auf fünf Jahre, wobei ausser Verzinsung u. Wertbindung noch eine Sondervergünstigung von IL 1000 gewährt wird. Allerdings sind die Gelder für die ersten zwei Jahre völlig gesperrt.

Die Banken bieten noch weitere Sparprogramme an, die jedoch meistens bis zu IL 15.000 begrenzt sind, weil das Finanzministerium keine zu weitreichende Steuerfreiheit gewähren will.

Für Personen, die Entschädigungsgelder aus ihrer Arbeit (Pizuim) erhalten haben, hat sich die Anlage von Summen in den Ersatzkassen (Kupot Gemel) der grossen Banken als zweckmässig erwiesen. Sie bieten nach einer Reihe von Jahren eine recht günstige Verzinsung. Bei allen drei Grossbanken bestehen derartige Kassen für Selbständige, und diese konnten auch erheblicheGewinne durch die Ausdehnung ihrer Geschäfte erzielen. Will jemand, der Gelder in einer dieser Ersatzkassen investiert hat, zwischendurch einen Kredit aufnehmen, so bekommt er ihn zu etwa 18%, was unter unseren heutigen Verhältnissen eine ganz wesentliche Vergünstigung darstellt.

Weitere Investitionsmöglichkeiten sind die in Grundstücken sowie in Münzen und Medaillen. Diese Gebiete müssen aber als ausgesprochen spekulativ bezeichnet werden. Anlagen in Grundstücken kommen nur für Personen in Frage, die über erhebliche Mittel und Durchhaltevermögen verfügen. Bei Medaillen u. Münzen ist d. spekulative Faktor besonders gross.

Für den älteren Sparer sind also die „Schützmöglichkeiten gegen Inflation" durchaus begrenzt, aber bei vernünftiger Anlage der Gelder können doch gewisse Vorteile erzielt werden.

KINOPROGRAMM

TEL-AVIV:
ALLENBY: The Sting
BEN JEHUDA: Cinderella Liberty
CINEMA ONE: Some Like it Hot
CINERAMA: My Name is Nobody
CHEN: Paper-Moon
DEKEL: „What?"
DRIVE-IN 8.00-10.30 One Litle Indian
ESTHER: Papillon
GAT: Avanti
GORDON: Indian Summer
HOD: The Story of Jacob and Joseph
LIMOR: The Great Dictator
MAXIM: Le Grand Bazar
MOGRABI: Chained to Yesterday
ORDAN: Love Story
OPHIR: Tough Guys
ORLY: Goodbye Stork. Goodbye
PARIS: Light of Nowhere
PEER: La bonne Annee
ICHELET: Slaughterhouse Five
STUDIO: Big Eyes
TEL-AVIV: Butch Cassidy and the Sundance Kid
ZAFON: Two Men in Town

RAMAT GAN:
KINO LILLY: 7.15 und 9.30 (3. Woche) Serpico: 4.00 Uhr: Walt Disney's „Superstar Gooly".

JERUSALEM:
ARNON: The Great Dictator
CHEN: Decameron Fields
EDEN: The Sting
EDISON: Kaderimin Oyunu
MITCHEL: Deux Hommes Dans La Ville
ORION: The Three Musketeers
ORNA: Last Chance
HABIRAH: Women in Cages
JERUSALEM: The Adventures of Rabbi Jacob
ORGIL: The Story Of Jacob and Joseph
SEMADAR: Pete'n Tillie
RON: Play it Again, Sam

HAIFA:
AMPHITHEATRE: Le Grand Bazar
ARMON: The Sting
ATZMON: Day of the Dolphin
CHEN: Song of the South
MIRON: The Bells of Death
MORIAH: Daughters, Daughters
ORDAN: Love Story
ORION: The Supermen in the West
ORAH: Love is Only a Word
ORLY: Now You See Him Now You Don't
PEER: Wuthering Heights
RON: Gone With the Wind
SHAVIT: Decameron No. 2

Freie Tribüne

Integrierung der israelischen Araber

Immer wieder taucht in den Spalten der „Chadaschot Israel" — und nicht ausschliesslich aus der Feder des geschätzten Herrn M. Biel — die Forderung auf, wir müssten alle Mühe darauf *verwenden. die israelischen* Araber in die israelische jüdische Gesellschaft zu integrieren: und nicht nur die Forderung, sondern auch die Klage darüber, dass dies nicht längst geschehen ist. Ich kann diese Klage, diese Forderung in ihrer Allgemeinheit nicht verstehen.

Man erzählt, dass bis in die zwanziger Jahre zwischen den jüdischen Siedlern und den arabischen Dörflern freund-nachbarschaftliche Beziehungen bestanden, und es gibt keinen Grund, an diesen Berichten zu zweifeln. Dann begann die Aufhetzung der Araber gegen die Juden: sie kam von oben, von den arabischen Grossgrundbesitzern, über deren rein kapitalistische Motive nicht der geringste Zweifel besteht. Hätte England als Mandatsmacht seine Pflicht unparteiisch erfüllt, so hätte es diese Hetze im Keime ersticken können. Es hat sich aber auf die Seite der — damals noch — Zahlreicheren und Reicheren geschlagen, bei arabischer Gewalttat beide Augen zugedrückt und die jüdische Selbstwehr, soweit es nur ging, verhindert. Es kann die Vermutung gewagt werden, dass bei einwandfreier Haltung Englands Palästina heute noch Mandatsland wäre, in dem Juden und Araber friedlich miteinander leben.

Die Entwicklung ist andere Wege gegangen. Man kann vereinfachend sagen, *dass nicht jüdischer* Nationalismus, sondern englische Parteilichkeit den Staat Israel geschaffen hat. Ueber den jungen Staat fielen arabische Armeen her, aber sonderbarerweise *hielten die Juden nicht nur* stand, sondern nahmen auch Gebiete in Besitz, die laut UNO-Beschluss dem arabischen Staate in Palästina vorbehalten waren. Von den arabischen Einwohnern des Gesamtgebietes glaubte *nur* ein — immerhin nicht ganz unerheblicher — Teil nicht daran, dass die Juden alle Araber abschlachten würden; dieser Teil blieb, die anderen flohen.

Mit dem verbliebenen Teil hat es der jüdische Staat, hat es die jüdische Gesellschaft zu tun. Es würde hier zu weit führen, die kulturellen und die zivilisatorischen, die religiösen Unterschiede anzuführen sowie diejenigen, die aus der so verschiedenartigen Tradition erwachsen. Es genügt ja völlig der Hinweis darauf, dass zum Beispiel die mitteleuropäische Immigration keineswegs in innigster Gemeinschaft mit der tunesischen oder jemenitischen lebt. Eine solche Verschmelzung ist Sache von Generationen und nicht von 26 Jahren. Soviel zur gesellschaftlichen Integrierung.

Was aber hat, im Sinne der anfangs erwähnten Klagen und Forderungen, der Staat Israel unterlassen, um die staatliche Integrierung zu fördern? Vor einigen Jahren las ich, dass arabische Dorfälteste beim Regierungs-Beauftragten für arabische Fragen mit der Klage vorstellig wurden, ihre Dörfer würden nicht an das israelische Strom- und Wassernetz angeschlossen. Auf die Frage, ob denn für die Anschlüsse Zahlungen geleistet oder auch nur vereinbart seien, antworteten die Aeltesten mit einem erstaunten Nein: sie waren der Meinung gewesen, der Staat habe ihnen diese Vorteile unentgeltlich zu liefern. Ich kann nicht finden, dass es eine Unterlassung ist, den arabischen Einwohnern eine Bevorzugung vor den jüdischen zu versagen. Verschliesst der Staat Israel seinen arabischen Einwohnern die Möglichkeit, zu lernen, sich auszubilden, einen Beruf nach ihrem Wunsche zu ergreifen? Doch wohl nicht, mit einer, *allerdings* ziemlich weit reichenden Ausnahme.

Diese Ausnahme bezieht sich auf das Gebiet der Sicherheit. Der Staat Israel hat nicht vergessen, dass die heute *40-jährigen* Araber noch aus Schulbüchern gelernt haben, deren schriftliche und zeichnerische Darstellung der Juden alles übertreffen, was das Hitlersche *Dritte Reich auf diesem Gebiete* geleistet hat. Wer vermisst sich, zu ergründen, was im Kopfe des einzelnen Arabers vor sich geht, ob jene Eindrücke aus der Schulzeit erloschen oder noch wirksam *sind, ob er sie nicht* vielleicht noch an seine Kinder weitergegeben hat? Aus diesem Grunde muss der Staat unsere arabischen Mitbürger nicht nur vom Militärdienst, sondern auch *von einigen Berufen fern*halten, die irgend etwas mit unserer Sicherheit zu tun haben könnten.

Ein kleiner, peinlicher Rest bleibt freilich: es gibt zu wenige arabische Lehrer und Professoren an den Schulen und Universitäten in den mehrheitlich von Juden bewohnten Gegenden. Es ist verständlich, dass jüdische Schüler und Studenten von arabischen Lehrern und Dozenten nicht gerade in Geschichte und Philosophie unterrichtet werden wollen. Sollten sie diese Abneigung auch auf andere Fächer beziehen, so gehört das wiederum in das Gebiet der gesellschaftlichen Integrierung, die noch nicht weit genug vorgeschritten ist.

Wer meine Darlegungen nicht billigt, den bitte ich, sofort mit einem bildungsmässig gleichstehenden Araber gesellschaftliche Verbindung aufzunehmen und dann nach, sagen wir, sechs Monaten in diesen Spalten wahrheitsgemäss über seine Erfahrungen zu berichten.

Ernesto Eisner,
Kibbuz Bror Chail

Libyens Standpunkt im Streit mit Aegypten

Widerstand gegen Sadats Politik des Ausgleichs

Die libanesische Wochenzeitschrift „Beirut al-Masa", von der es in journalistischen Kreisen heisst, dass sie von Libyen finanziert werde, hat einen ausführlichen und präzise formulierten Bericht veröffentlicht, den ihr Herausgeber, Amin al-A'war, *zeichnet und in dem die* Gründe der Gegensätze zwischen Libyen und Ägypten, vom libyschen Standpunkt aus gesehen, dargestellt werden. Der Bericht, der noch vor dem jüngsten Treffen *Sadats mit Gadafi erschienen* war, geht zuerst auf die letzten Episoden in dem Ringen zwischen beiden Staaten ein. Ein ägyptischer Abgeordneter, Abu Wafie, habe das libysche Regime *als eine „faschistische Ordnung* in Libyen" beschrieben: die Arabische Sozialistische Union von Libyen habe sich beim ägyptischen Parlament darüber beklagt, dass der gleiche Abu Wa*fie Kontakte mit dem Beduinen*stamm der Awlad Ali aufgenommen habe, die in der Gegend der libysch-ägyptischen Grenze leben, um sie gegen Gadafi aufzuhetzen.

INTRIGENSPIEL UND UMSTURZVERDACHT

Der Artikel erinnert ferner an ein berühmtes Telegramm, das seinerzeit von den Ägyptern veröffentlicht worden war und in dem Gadafi Sadat daran erinnerte, dass der ägyptische Präsident in einer bekannten früheren Rede für die guten altväterlichen Sitten des ägyptischen Dorfes eingetreten war. Der Bericht gibt nun die libysche Version des Hintergrundes jenes Telegrammes. Damit habe es die folgende Bewandtnis: Ein „hoher ägyptischer Verantwortlicher" (wahrscheinlich ist Sadat selbst gemeint) habe den libyschen Ministerpräsidenten Oberst Jalloud, als dieser Kairo besuchte, „um die Pläne Kissingers, die beiden Staaten auseinanderzubringen, zu vereiteln", gefragt: „Warum haltet ihr denn so energisch an dem Bruder Muammar (Gadafi) fest?" Jalloud habe geantwortet: „Weil Muammar Gadafi die Revolution vom 1. September verkörpert", und er habe die Gespräche abgebrochen. Das *Telegramm sei die Reaktion* Gadafis gewesen.

Später sei eine Botschaft jenes „hohen Verantwortlichen in Ägypten" an den libyschen Revolutionsrat eingetroffen, die ein Versuch gewesen sei, einen Graben zwischen den Mitgliedern des Revolutionsrates und Gadafi aufzuwerfen. Der Revolutionsrat habe kollektiv darauf antworten wollen, doch Gadafi habe dies verhindert. Immerhin habe der libysche Generalstabschef, Abu Bakr Yunes, Sadat telefoniert und ihm erklärt, wenn er wirklich gute Beziehungen zu Libyen unterhalten wolle, solle er sich der Intrigen gegen Gadafi enthalten, denn „die Armee ist mit Gadafi, die Eliten sind mit ihm, und das Volk ist mit ihm". Der Zeitungsbericht erwähnt auch die ägyptischen Anklagen, nach denen der Urheber des Attentates auf die technische Militärschule von Kairo von den Libyern angestachelt oder unterstützt worden sei. Nach dem Bericht sei nun die offizielle Anklageschrift gegen die Urheber jenes Attentates und Umsturzversuches erschienen: darin sei kein Wort von auswärtigen Verbindungen der Umstürzler zu lesen.

Die jüngste Episode im Streit mit Ägypten ist in dem Artikel nicht erwähnt, wohl weil sie sich nach dessen Abfassung ereignete: Eine Handgranate explodierte in einem Nachtlokal in Alexandrien, wobei mehrere Personen getötet oder verletzt wurden. Die Polizei nahm als Verdächtige drei Taxichauffeure fest, die den Personenverkehr zwischen Bengasi und Alexandrien als sogenannte „Service"-Chauffeure betreiben. Weitere *Bomben sollen entdeckt worden* sein. Diese bisher nicht endgültig untersuchten Ereignisse gaben den mehr auf Sensation eingestellten Organen der ägyptischen Presse Anlass zu aller*hand Vermutungen und Spekulationen* über eine grosse „Verschwörung", die von Libyen her aufgezogen worden sei.

DIFFERENZEN ÜBER DEN *OKTOBERKRIEG*

Der Bericht kommt sodann, klarer und ausführlicher, als dies bisher der Fall gewesen war, auf die politischen Differenzen zu sprechen, die hinter den Spannungen zwischen Kairo und Tripolis stehen. Diese gingen auf die Zeit vor dem Oktoberkrieg zurück. Gadafi sei der Ansicht gewesen, Syrien, Libyen und Ägypten hätten sich zusammenschliessen sollen. Seine Erdölrenditen hätten es dem vereinigten Staate erlaubt, eine Armee und eine entwickeltere Gesellschaft aufzubauen, die „der israelischen Armee das Rückgrat" hätte brechen und am Ende den Staat der Israeli hätte liquidieren können. Aus diesem Grund sei er gegen die Konzeption eines beschränkten Krieges gewesen, wie Sadat sie Asad vorgeschlagen hatte und die auch durchgeführt worden sei.

Dennoch habe Gadafi im Oktoberkrieg eine Grossaktion zur Beschaffung von Waffen für Ägypten durchgeführt; der Wert aller für die Kanalfront durch Libyen beschafften Nachschübe habe rund eine Milliarde Dollar ausgemacht. Gadafi sei gegen eine Einstellung der Kämpfe gewesen, wie das, nach dem Bericht, „die Ansicht der grossen Mehrheit der arabischen Mili*tärs in Syrien, im Irak, in Ägypten* und überall sonst" gewesen sei. Dann habe Gadafi dafür geworben, dass man die Israeli in der Tasche westlich des Kanals angreife und ihnen eine *„Katastrophe" liefere. Dies sei* auch die Ansicht „aller ägyptischen und arabischen Militärs" gewesen.

Nach dem Waffenstillstand *habe Gadafi mehrere Angebote* an Ägypten gemacht. Er soll vorgeschlagen haben, eine grosse Transportgesellschaft für ganz Ägypten zu finanzieren (die Transportschwierigkeiten Ägyp*tens sind sprichwörtlich*); Libyen wolle ferner einen grossen Kanal vom Nil bis nach Tobruk bauen und habe den Bau einer Eisenbahnlinie vorgeschlagen, die Tunis mit Libyen, Ägypten *und dem Sudan verbinden solle.* Doch die Ägypter hätten all diese Vorschläge abgelehnt, mit der Begründung, Ägypten sei nicht für einige Milliarden zu kaufen.

Nach dem Bericht habe Gadafi zur Zeit, als er seine protokollarischen Pflichten als Staatschef an Jalloud übertrug, den Ägyptern angetragen, er sei bereit, von *allen Regierungsgeschäften* zurückzutreten und sie ganz aufzugeben, wenn nur die „Einheit" realisiert, der Entflechtungsvertrag mit den Israeli wieder abgeschafft werde und der Einheitsstaat sich verpflichte, „Palästina zu befreien". Die Ägypter jedoch hätten diese „Bedingungen" abgelehnt.

DER FAKTOR RUSSLAND

Nach der Darstellung in „Beirut al-Masa" gehen die Ägypter gegenwärtig darauf aus, einen Umsturz gegen Gadafi zu provozieren und eine politische „Entflechtung" zwischen den Russen und allen Arabern herbeizuführen. Gadafi wolle sich ihnen entgegenstellen, indem er versuche, eine Konfrontation zwischen Tripolis und Kairo zu vermeiden, und indem er bemüht sei, eine arabisch-russische Freundschaft aufzubauen, die den Erfahrungen „der letzten zwanzig Jahre Rechnung trage und das Entstehen von neuen Lücken vermeide, durch die die amerikanischen Finger sich einschlichen und jene Freundschaft zerstörten". Dies sei der Grund der letzten Reise Jallouds nach Moskau gewesen.

Der Artikel, der im wesentlichen sachlich und korrekt sein dürfte, ist in erster Linie deshalb interessant, weil er deutlicher als dies bisher sichtbar gewesen war, hervorhebt, welch bedeutenden Widerständen Präsident Sadat bei seiner Politik des Ausgleichs begegnete und ohne Zweifel weiter begegnen wird und welch starken Versuchungen und Verlockungen sich der ägyptische Präsident ausgesetzt sieht, von seiner begonnenen Politik in Richtung einer stärkeren Radikalisierung abzuweichen.

A. H.

Johannes Mario Simmel

UND JIMMY GING ZUM REGENBOGEN

ROMAN

131.

„Ueberhaupt nicht."

„Sehr schön", sagte Frohner. Er setzte sich und entfaltete eine Zeitung. „Sie sollen sich durch uns nicht gestört fühlen."

Der Zug ruckte an.

Bald fuhr er schnell. Villach blieb zurück. Manuel sah aus dem Fenster. Streckenlampen flogen vorbei. Im Augenblick schneite es nicht, doch der Sturm wurde immer ärger. Entfernt wanderten Autoscheinwerfer über Landstrassen, und noch weiter fort, schwächer und verloren, blinkten Lichter aus den Fenstern einsamer Gehöfe . . .

„Dank für schön", sagte Frohner plötzlich.

Manuel sah in das Abteil.

Frohner hatte eben eine Zigarette aus einem Päckchen *genommen, das Gamitz ihm hinhielt.* Der rauchte selber. „Oh", sagte Frohner höflich, „entschuldigen Sie. Herrgott, und das war jetzt die letzte in der Packung!"

„Warten Sie, Herr Aranda. Ich habe noch welche." Gamitz griff in seine Jackentasche.

„Wirklich, das ist sehr liebenswürdig, aber ich . . ."

„Hier, bitte, bedienen Sie sich. Oesterreichische Marke!" Gamitz nannte einen Namen. „Sind ausgezeichnet. Werden Ihnen schmecken. Bitte— sonst können wir auch nicht rauchen!"

„Nun also dann — vielen Dank." Manuel griff nach dem neuen Päckchen, das Gamitz geöffnet hatte. Frohner knipste ein Feuerzeug an.

„Gut, wie?" fragte er, Manuel mit einem Lächeln betrachtend.

„Ausgezeichnet", sagte Manuel. *Die Zigarette* schmeckte würzig und herb. Er inhalierte den Rauch und blies ihn durch die Nase wieder aus.

„Ich lasse das Päckchen am Fensterbrett liegen", sagte Gamitz höflich, „Bedienen Sie sich, bitte." Er holte ein schmales Buch hervor und streckte die Beine aus. Frohner hob wieder seine Zeitung. Die beiden Männer begannen zu lesen.

Manuel zog an der Zigarette. Er sah in die Nacht, zu den vorüberfliegenden Lichtern und den Schneewirbeln hinaus, die der Zug hochriss. Der fuhr jetzt sehr schnell. Das Fenster spiegelte. Manuel erblickte sein Gesicht. Der Waggon rüttelte plötzlich heftig, als der Zug über Weichen schoss. Die Lokomotive stiess einen langen Schrei aus. Auch in dem stillen, altmodisch eingerichteten Zimmer, in dem Manuel mit Martha Waldegg gesprochen hatte, war immer wieder *das Pfeifen von Lokomotiven auf der nahen Bahn*strecke und das Rollen von Rädern zu hören gewesen . . .

„Jetzt wissen Sie alles, Herr Aranda . . ." Die Stimme der Dreiundsechzigjährigen hatte belegt geklungen. „Jetzt kennen Sie das Geheimnis. Mein Mann und ich, wir lieben Irene! Für Hans ist sie sein Ein und Alles. Es würde ihm das Herz brechen, wenn er nach all den Jahren noch hinter den Betrug käme. Darum war ich so voller panischer Angst. Können Sie das nun verstehen?"

„Ja", hatte Manuel gesagt.

„Ich habe Ihnen voller Vertrauen alles erzählt, Herr Aranda. Bitte enttäuschen Sie dieses Vertrauen nicht. Mein Mann und Irene sollen nie die Wahrheit erfahren — das war auch Valeries Wunsch."

Manuel blickte seine Gastgeberin an, seltsam beschämt.

„Ich werde Irene niemals ein Wort verraten", sagte er. „Das verspreche ich."

„Danke . . . Ich danke Ihnen von Herzen . . . Sehen Sie, ich hatte auch viel Kummer in den letzten Jahren mit ihr . . ."

„Kummer?"

„Nun ja . . . Je weiter Irene heranwuchs, desto mehr begann ich den Betrug vor mir zu verdrängen. Schliesslich fühlte ich für sie wirklich wie für ein eigenes Kind . . . Mein Mann sowieso . . . Und Valerie *hielt sich an unser Abkommen . . ."*

„Danach wollte ich gerade fragen", sagte Manuel. Jetzt rollten wieder Räder, jetzt heulte wieder eine Sirene auf dem entfernten Bahndamm, jenseits vieler kahler, tiefverschneiter Gärten. „Frau Steinfeld hat nicht den Versuch gemacht, Irene nach dem Krieg als ihr Kind zurückzuholen?"

„Nie! Sie kannten meine Schwester nicht. Die brach kein Versprechen, das sie gegeben hatte, die konnte nichts Schlechtes tun . . ."

Sie konnte nichts Schlechtes tun, dachte Manuel. Meinen Vater hat sie vergiftet. Und wenn er hundertmal den Tod verdiente für das, was er tat — wer gab Valerie Steinfeld das Recht, ihm das Leben zu nehmen? Gott etwa? Ach, lassen wir bloss Gott aus dem Spiel in dieser verfluchten Geschichte!

Valerie Steinfeld!

Immer noch tappe ich im Dunkeln, dachte Manuel. Trotz allem, was ich nun weiss. Noch kenne ich nicht die Wahrheit. Werde ich sie kennen — jemals? Stockend sagte er: „Es muss doch eine furchtbare seelische Belastung für Frau Steinfeld gewesen sein, ihr Kind als das Kind einer anderen aufwachsen zu sehen."

„Es war die grösste seelische Belastung für sie, mir das Kind überhaupt zu geben", antwortete die zierliche Martha Waldegg. „Aber sie hatte eine übermenschliche Selbstbeherrschung. Sie konnte immer ihre Gefühle verbergen. Nur in ihrem Innern . . . in ihrem Innern muss es furchtbar ausgesehen haben, sicherlich . . . damals, am Anfang, bei der Geburt, in den Jahren danach . . . Doch sie zeigte es nie, kein einziges Mal! Nie verlor sie ein Wort der Klage. Immer war sie fröhlich, wenn sie mit meiner — mit ihrer — Tochter zusammentraf, hier oder in Wien. Sie liess sich nichts anmerken. Sie wahrte unser Geheimnis bis zum Tod. Bis zu diesem grausigen, unbegreiflichen Ende."

„Es ist auch für Sie unbegreiflich?"

„Vollkommen, Herr Aranda. Absolut! Mein Mann und ich, wir waren wie erschlagen, als wir davon erfuhren. Es gibt einfach keine Erklärung!"

„Sie sagten vorhin, Sie hätten viel Kummer gehabt in den letzten Jahren, gnädige Frau. Wieso?"

Martha Waldegg machte eine hilflose Bewegung. „Das Leben! Niemanden trifft die Schuld daran . . . Valerie ganz bestimmt nicht . . . Aber sehen Sie, als Irene achtzehn war und nach Wien ging, um zu studieren, da zog sie zu Valerie . . . und bei Valerie blieb sie dann all die *Jahre*, als sie in der Apotheke arbeitete, als sie das Geschäft übernahm. Die Apotheke hatte ihrem Onkel gehört, dem Bruder meines Mannes. Seine Frau war immer krank gewesen. Bei ihm hatte Irene nicht wohnen können. Sie liebte Valerie! Ich . . . ich wurde eifersüchtig! Es ist grotesk, ich weiss . . . Nun wendete sich alles vollkommen . . . Die beiden machten zusammen Ferien, sie verreisten . . . Irene kam seltener und seltener zu uns . . . Ihr Zuhause war mehr und mehr Wien, die Gentzgasse, Valerie . . . Und wir wurden ihr fremder und fremder . . ."

Manuel erinnerte sich an die Worte, die Irene auf dem Zentralfriedhof gesprochen hatte an dem Tage, da sie einander kennenlernten: „Valerie . . . Ich habe sie doch so geliebt! Mehr als alle anderen Menschen . . . Ja, sogar mehr als meine Mutter! Ich habe meine Mutter gerne, wirklich . . . Aber seit ich in Wien lebte, war Valerie meine Mutter . . . mehr als die wirkliche . . . und sie wurde es immer stärker, immer stärker . . ."

Martha Waldegg hatte den Kopf abgewandt und fuhr sich über die Augen. Er fragte schnell: „Und dieser Prozess . . . wie ging der aus?"

„Ueberhaupt nicht." Martha Waldegg hatte sich gefasst. Sie blickte Manuel an.

„Was heisst das?"

„*Er war bei Kriegsende noch nicht beendet. Er* wurde nie beendet."

„Das sagte Ihnen Ihre Schwester?"

(Fortsetzung folgt)



KRISE IM BAUFACH

..eber die Frage der ministe-..en Verantwortung ist im ..chluss an den Jom-Kippur-.. und den Agranatbericht ..gesprochen worden. Es ..int, dass dieser Begriff in ..l nicht oder kaum zur An-..lung kommt.

..jeher diskutieren Wirt-..tspolitiker, welches Ele-.. beim Wohnungsbau mehr Gewicht fällt: seine infla-..fördernde, also negative, ..schaft, oder aber seine po-.. Auswirkung auf sozialpoli-..em Gebiet, indem er den ..n Massen zu Wohnungen ..lft, die den Lebensstandar-..des 20. Jahrhunderts ange-..en sind. Im Rahmen der ..ich veröffentlichten Wirt-..tsmassnahmen wurde wie-.. unterstrichen, dass der ..weig der die Wirtschaft ..nde ist, und seine Ueber-..ng massgeblichen, wenn ..ausschlaggebenden, Anteil ..er scharfen Inflationsrate ..augenblicklich befinden sich ..aben im Ausmass von IL ..illiarden im Bau, obwohl ..Maximalkapazität Israels .. mehr als IL 11 Milliarden ..gt. Diese Bauaktivität trägt ..Hauptschuld an den über-..gen Preissteigerungen, al-.. der gefährlichen, d. Wirt-.. zerstörenden, Inflation. ..es kein Wunder, dass die ..shebel besonders stark im ..werbe angelegt wurden.

..Ueberhitzung d. Wohnungs-.. mit ihren negativen ..einungen ist keine neue ..ntnis. Anfang 1973 ha-..ie damaligen Finanz- und ..ungsbauminister, Herren .. und Scharef, beschlossen, ..rivaten Wohnungsbau im ..des Jahres 1973 um 12.000 ..ungen einzuschränken. .. Beschluss wurde gefasst, ..em die seit 1970 vorge-..enen Versuche der admi-..iven Drosselung der Bau-..ie, für dessen Durchfüh-..der Wohnungsbauminister ..ich war, keinen Er-..aften, wohl keinen haben ..en, da zwar der Bau von ..enhäusern und ähnlichen ..chtigen" Institutionen ver-.. wurde, aber Luxuswoh-..n von 150 qm, 200 qm ..00 qm durften weiter er-.. werden. Aber wenn es .. 1972 52750 Wohnungen ..Privatsektors im Bausta-..gab, so waren es Ende ..52.900. Mit diesen Mass-..en und Beschlüssen hoffte .. — und das war ihre Ab-.. — Produktionsmittel frei-..chen, die für die Her- und ..stellung der Wohnungen ..Neueinwanderer, junge Paa-..d Elendsquartiersbewohner ..t werden sollten. Dieser ..luss aus dem Jahr 1973, .. er durchgeführt worden .. müsste sich jetzt im ..Halbjahr 1974 auswirken. ..was hören wir täglich? ..des Nachlassens der Ein-..erung fehlt es an Wohnun-..für diese. Zum Teil wird .. Absinken der Einwande-..us den westlichen Ländern ..Einordnungsminister Ro-..em Fehlen von Wohnun-..zugeschrieben. Junge Paare demonstrieren und streiken weiter, da sie keine Wohnungen auftreiben können, und gewiss nicht zu Bedingungen, die für sie halbwegs tragbar sind. Bewohner von Elendsquartieren hören, dass man sich mit ihrem Problem befasst, und im Laufe von Jahren soll es gelöst werden. Jetzt sind wir schon so weit, dass im Rahmen des Bausparsystems der Regierung das Wohnungsbauministerium Prioritäten bestimmt, und wenn jemand unter diese Prioritäten nicht fällt, nützt es ihm nichts, dass er einen von der Regierung unterschriebenen Vertrag in Händen hält, den er im Laufe von Jahren getreulich erfüllt hat und in dem von solchen Prioritäten als Bedingung der Unterstützungsberechtigung nicht die Rede ist.

Was sich heute auf dem Wohnungsbaumarkt abspielt, ist eine Folge der Politik der Regierungskadenz vor den letzten Wahlen. Der Vorschlag des damaligen Wohnungsbauministers an die Bevölkerung, vom Wohnungskauf Abstand zu nehmen, da die Preise innerhalb ½ Jahr fallen werden, ist noch in Erinnerung. Und was sich tatsächlich ereignet hat, bedarf keiner Erwähnung. Im Juni 1971 erklärte derselbe Minister im Parlament, dass die Elendsquartiere im Rahmen eines 5-Jahresplans, beginnend 1972, beseitigt werden. Immer wieder hörte man aus seinem Munde, dass das Wohnungsproblem für junge Paare im Jahre 1975 praktisch gelöst sein wird. Der Preis, den der Staat und jeder Einzele für eine Politik der ungedeckten Erklärungen, denen keinerlei konkrete und entsprechende Massnahmen folgten, zu zahlen hat, ist schwer zu errechnen. Er beläuft sich auf Dutzende, wenn nicht Hunderte von Millionen.

Finanzminister Rabinowitz ist mit Recht unglücklich darüber, dass der Bürger sein Leben weiterlebt, als sei der Staat wirtschaftlich nicht in einer ganz gefährlichen Notlage. Aber woher soll der Bürger den Glauben nehmen, dass sein Verzicht nicht ein einseitiger Verzicht bleibt und Erklärungen durch durchdachte und positive Politik abgelöst werden? Zunächst zahlt der Bürger für Fehler früherer Minister.

Es wäre richtig, den für die schwere Krise verantwortlichen ehemaligen Minister zur Rechenschaft zu ziehen für das, was er versäumt hat, d.h. den Akt der ministeriellen Verantwortung anzuwenden. Nicht von Strafe soll die Rede sein. Aber der psychologische Effekt einer vor der Oeffentlichkeit geführten Diskussion könnte von Wichtigkeit sein für die Allgemeinheit, die sähe, dass Rechenschaft verlangt wird auch von dem, dem Verantwortung übertragen wurde, aber sie in einer Form einsetzte oder auch nicht einsetzte, die den Staat an den Rand des wirtschaftlichen Ruins brachte. Eine solche öffentliche Diskussion mit Fachleuten, denen man keinen Bären aufbinden kann, könnte gleichzeitig wichtig sein für die Formulierung und Festlegung der jetzigen und zukünftigen Politik auf diesem für die Wirtschaft und für jeden einzelnen Staatsbürger so wichtigen Gebiet des Bausektors im allgemeinen und des Wohnungsbaues im besonderen.

N.G.

KEINE VORZUGSWOHNUNGEN IN DER JERUSALEMER ALTSTADT

Von DAWACH

Mit der Frage der Bevorzugungen bei der Zuweisung von Wohnungen im Jüdischen Viertel der Altstadt von Jerusalem will sich nun Justizminister Zadok beschäftigen. Dieses Anliegen war von MdK Aharon Efrat an ihn herangetragen worden. Inzwischen hat sich aber bereits Staatskontrolleur Jizchak Nebenzahl diesem Problem gewidmet und seine Stellungnahme muss noch abgewartet werden.

Es geht vor allem darum, dass bisher nicht jedem Bewerber ein Wohnrecht in der Altstadt zugebilligt wurde. Auf der anderen Seite erhielten aber Personen, die bereits eine Wohnung in einem anderen Teil des Landes besitzen, unter auffallender Bevorzugung auch noch eine Wohnung, sogar mit einer Grundfläche von mehr als 200 qm, im Jüdischen Viertel zugewiesen. Die Behörde, die eine solche „Bevölkerungsplanung" ausgearbeitet hatte, weigerte sich beharrlich, ihre Erwägungen bekanntzugeben und die Liste der Bewerber zu veröffentlichen. Damit wird aus dem ganzen Komplex ein Rechtsfall, den zu beurteilen dem Justizminister obliegt.

WOHNUNGSSTREIT MIT UNTERMIETER STAAT

Es ging um ein Bürogebäude neben dem „Präsidenten"-Hotel in Jerusalem, das dem Hotelbesitzer Chaim Schiff gehört und dessen Untermieter der Staat, nämlich die Regierungsgesellschaft für Münzen und Medaillen ist. Dieser Untermieter verlangte den Verkauf dieser Gebäude, nachdem sie von ihrem Besitzer unter einer Investierung von rund sechs Millionen IL renoviert wurden.

Das Bezirksgericht Jerusalem unter Vorsitz des Richters Felix Landau hatte bereits eine einstweilige Verfügung erlassen, die zu einer Ausquartierung der Münzengesellschaft geführt hätte, im Endurteil aber die Weiterbenutzung der Räume zugestanden. An dieses Benutzungsrecht sind eine Reihe von Bedingungen geknüpft, vor allem der freie Zugang zur Privatwohnung des Hotelbesitzers und Hauseigentümers und der Verzicht auf bauliche Veränderungen im Bürohaus. Sollte sich der staatliche Untermieter, vertreten durch seinen Direktor Jizchak Awni, nicht genauestens an diese Auflagen halten und auch nur die geringste Aenderung in den Räumen vornehmen, kann Chaim Schiff nochmals eine Räumungsklage einreichen.

SPIONAGE IST KEIN FREIHEITSKAMPF

Durch Spionage und Sabotage-Anschläge können „die legitimen Rechte des palästinensischen Volkes" nicht erlangt werden — das muss mit aller Deutlichkeit gesagt. Wenn das Oberste Gericht dennoch spürbaren Strafnachlass für fast alle Angeklagten des jüdisch-arabischen Spionage-Ringes gewährte, geschah dies lediglich aus menschlichem Verständnis und Entgegenkommen.

Nachdem bereits vor einem Monat die Strafe von Rami Liwne von zehn auf vier Jahre Gefängnis und die von Mali Lehrmann von sieben auf zwei Jahre Gefängnis herabgesetzt wurde, erhielten nun 15 weitere Angeklagte Strafnachlass. Nur zwei Berufungsanträge wurden abgewiesen.

Die Richter Cohn, Kister und Ezioni bewilligten folgende Strafnachlässe: Schuki Hatiw von neun auf acht Jahre Gefängnis—Ali Samni je von neun auf sieben Jahre Gefängnis — David Cooper, Chamud Sakifi und Chassan Aslije von sieben auf fünf Jahre Gefängnis, wovon zwei Jahre mit Bewährungsfrist ausgesetzt wurden — Mahmud Chalef, Omar Aslije und Jussif Nasr von sechs auf vier Jahre Gefängnis, wovon ebenfalls zwei Jahre unter Bewährungsfrist fallen — Jasser Jama und Chalil Kassem von vier auf drei Jahre Gefängnis, wobei ein Jahr mit Bewährungsfrist ausgesetzt wurde. Lediglich die neunjährige Gefängnisstrafe für Jecheskel Cohen verkürzten die Richter nicht, diese bleibt damit nach den Berufungsverhandlungen als die schwerste Strafe im Spionageprozess bestehen.

Am gleichen Verhandlungstage hatten die Richter Cohn, Ezioni und Kahan folgende Strafnachlässe zugestanden: Mahmud Masrua von zehn auf sechs Jahre Gefängnis — Gassem Akbarije von achteinhalb auf sechs Jahre Gefängnis — Mahmud Dasuki von sieben auf fünf Jahre Gefängnis — Diab Sumsum von sechs auf vier Jahre Gefängnis, wovon zwei Jahre mit Bewährungsfrist ausgesetzt wurden — Ahmad Masri und Kassem Massalha von fünf auf drei Jahre Gefängnis — Salah Jibrin, der zu drei Jahren Gefängnis verurteilt worden war, wurde freigesprochen. Die vierjährige Gefängnisstrafe für Chassan Jibrin bleibt bestehen.

Im Rahmen der Berufungsverhandlungen wurden die Beschwerden gegen die Untersuchungsbeamten der Polizei als unbegründet abgewiesen. Das Gericht kam zu der Ueberzeugung, dass sich jene Beamten sogar mustergültig verhalten hatten und eine Belobigung verdienen.

URTEIL GEGEN DIE HISTADRUT

Die Entlassung eines Arbeitnehmers der Bank Hapoalim im April 1972 war Gegenstand einer Verhandlung vor dem Bezirks-Arbeitsgericht von Tel Aviv, dessen Urteil vom Landesarbeitsgericht bestätigt wurde. Grund der Entlassung war ein Streit zwischen zwei Arbeitern dieser Bank gewesen, von denen jedoch nur einer am darauffolgenden Tage entlassen wurde, und zwar hauptsächlich deshalb, weil dieser schon drei Jahre zuvor in einen Streit verwickelt war und damals bereits verwarnt wurde.

Die Verhandlung ging aber im wesentlichen gegen die Aufsichtsbehörde der Histadrut und diese wurde in diesem präzedenzlosen Urteil einer Ueberschreitung ihrer Vollmachten beschuldigt. Nur zwei von acht Mitgliedern dieser Kommission, nämlich der damalige Vorsitzende Baruch Osnia und sein derzeitiger Vorsitzende Nissim Becher hatten sowohl die Nachprüfung wie auch die Beurteilung der Beschwerde übernommen — hierin sah das Gericht zwei Verstösse, die eine Aufhebung des Kommissionsbeschlusses zur Folge haben müssen. Die Bank Hapoalim muss daher die Gerichts- und Anwaltskosten beider Instanzen bezahlen.

VIEL WENIGER VERLUST VON ARBEITSTAGEN DURCH STREIKS

Nach einer gemeinsamen Untersuchung von Fachleuten der Histadrut und der Regierung gingen im ersten Halbjahr 1974 durch Streiks nur 24.500 Arbeitstage verloren, gegenüber 272.000 in der Parallelzeit des Vorjahres. Der Rückgang der verlorenen Arbeitstage beläuft sich auf nicht weniger als 91 Prozent und spiegelt die veränderte Situation nach dem Jom Kippur-Krieg wieder.

Von den registrierten Streiks wurden 58 Prozent im öffentlichen Sektor durchgeführt, 12 Prozent in Betrieben des Histadrutsektors. Der Rest verteilte sich auf nicht genau erfasste Unternehmungen.

«Schutz gegen Inflation»

Der kleine Sparer zittert um sein Geld

Von E. JACOB

In den letzten Tagen haben alle diejenigen, die ihre Hoffnung auf schnelle Gewinne aus Transaktionen mit wertgebundenen Pfandbriefen setzten, bittere Enttäuschungen erlebt. Sowohl die Pfandbriefe als auch die Aktien gingen in rasendem Tempo abwärts, und zum Teil waren Papiere überhaupt unverkäuflich. Die Baisse bei den Pfandbriefen wird durch die Tatsache erklärt, dass der Index längst nicht in dem Masse heraufgegangen ist, wie man erwartet hatte. Der Fall der Aktienkurse hängt mit der allgemeinen Wirtschaftsentwicklung zusammen.

Die Besitzer von Papieren werden höchstwahrscheinlich auch in der nächsten Zeit keine grosse Freude über ihre Anlagen haben. In der Wirtschaft macht sich langsam ein gewisser Umschwung bemerkbar: zum ersten Mal ist der Umlauf von Zahlungsmitteln merklich zurückgegangen, ausserdem wird der Wirtschaftsbetrieb noch durch die neuen Kreditbeschränkungen stranguliert. Der Mangel an Bargeld wird zu weiteren Verkäufen an Wertpapieren führen und die Folgen kann man sich ausdenken.

Die Transaktionen mit wertgebundenen Papieren kamen aus denjenigen Kreisen, die in aller Eile „Schutz gegen Inflation" suchen wollten. Wieder zeigt sich, dass man im allgemeinen Gewinne nicht in aller Eile erzielen kann, und wer sich auf Spekulationsgeschäfte einlässt, muss auch mit Verlusten rechnen. Trotz allem haben wir schon wegen der Weltinflation mit weiteren Preissteigerungen und einer gewissen inflationären Tendenz in unserem Lande auch weiterhin zu rechnen. Unter diesen Umständen taucht die Frage auf, was ein Landeseinwohner tun kann, um den Wert seiner Ersparnisse sich möglichst zu erhalten. Trotz aller gegenteiligen Berechnungen kann Entschädigungsempfängern in hohem Alter geraten werden, ihre Gelder auf den Konten zu lassen. Sie erhalten zwar weniger Zinsen, sie geniesen jedoch den Schutz der Wertbeständigkeit und haben ausserdem den Vorteil — allerdings in wechselndem Umfange — beim Verkauf von Tamam-Geldern erhöhte Zahlungen herauszubekommen.

Wer an Anlagen auf mehrere Jahre denkt, der wird am besten bei dem Programm „Sparen 10.000" fahren, das von allen Banken empfohlen wird. Hier handelt es sich um eine Geldanlage auf fünf Jahre, wobei ausser Verzinsung u. Wertbindung noch eine Sondervergünstigung von IL 1000 gewährt wird. Allerdings sind die Gelder für die ersten zwei Jahre völlig gesperrt.

Die Banken bieten noch weitere Sparprogramme an, die jedoch meistens bis zu IL 15.000 begrenzt sind, weil das Finanzministerium keine zu weitreichende Steuerfreiheit gewähren will.

Für Personen, die Entschädigungsgelder aus ihrer Arbeit (Pizuim) erhalten haben, hat sich die Anlage von Summen in den Ersatzkassen (Kupot Gemel) der grossen Banken als zweckmässig erwiesen. Sie bieten nach einer Reihe von Jahren eine recht günstige Verzinsung. Bei allen drei Grossbanken bestehen derartige Kassen für Selbständige, und diese konnten auch erheblicheGewinne durch die Ausdehnung ihrer Geschäfte erzielen. Will jemand, der Gelder in einer dieser Ersatzkassen investiert hat, zwischendurch einen Kredit aufnehmen, so bekommt er ihn zu etwa 18%, was unter unseren heutigen Verhältnissen eine ganz wesentliche Vergünstigung darstellt.

Weitere Investitionsmöglichkeiten sind die in Grundstücken sowie in Münzen und Medaillen. Diese Gebiete müssen aber als ausgesprochen spekulativ bezeichnet werden. Anlagen in Grundstücken kommen nur für Personen in Frage, die über erhebliche Mittel und Durchhaltevermögen verfügen. Bei Medaillen u. Münzen ist d. spekulative Faktor besonders gross.

Für den älteren Sparer sind also die „Schützmöglichkeiten gegen Inflation" durchaus begrenzt, aber bei vernünftiger Anlage der Gelder können doch gewisse Vorteile erzielt werden.

KINOPROGRAMM

TEL-AVIV:

ALLENBY: The Sting
BEN JEHUDA: Cinderella Liberty
CINEMA ONE: Some Like it Hot
CINERAMA: My Name is Nobody
CHEN: Paper-Moon
DEKEL: „What?"
DRIVE-IN 8.00-10.30 One Litle Indian
ESTHER: Papillon
GAT: Avanti
GORDON: Indian Summer
HOD: The Story of Jacob and Joseph
LIMOR: The Great Dictator
MAXIM: Le Grand Bazar
MOGRABI: Chained to Yesterday
ORDAN: Love Story
OPHIR: Tough Guys
ORLY: Goodbye Stork, Goodbye
PARIS: Light of Nowhere
PEER: La bonne Annee
TCHELET: Slaughterhouse Five
STUDIO: Big Eyes
TEL-AVIV: Butch Cassidy and the Sundance Kid
ZAFON: Two Men in Town

RAMAT GAN:

KINO LILLY: 7.15 und 9.30 (3. Woche) Serpico; 4.00 Uhr: Walt Disney's „Superstar Goofy".

JERUSALEM:

ARNON : The Great Dictator
CHEN: Decameron Fields
EDEN: The Sting
EDISON: Kaderimin Oyunu
MITCHEL: Deux Hommes Dans La Ville
ORION: The Three Musketeers
ORNA: Last Chance
HABIRAH: Women in Cages
JERUSALEM: The Adventures of Rabbi Jacob
ORGIL: The Story Of Jacob and Joseph
SEMADAR: Pete'n Tillie
RON: Play it Again, Sam

HAIFA:

AMPHITHEATRE: Le Grand Bazar
ARMON: The Sting
ATZMON: Day of the Dolphin
CHEN: Song of the South
MIRON: The Bells of Death
MORIAH: Daughters, Daughters
ORDAN: Love Story
ORION: The Supermen in the West
ORAH: Love is Only a Word
ORLY: Now You See Him Now You Don't
PEER: Wuthering Heights
RON: Gone With the Wind
SHAVIT: Decameron No. 2

חדשות ישראל — ECHO DES TAGES

יותר מדי נזיפות

כמובן — עלינו לשמוח על הנזיפות, כי הן סימן לכך שמעשים מסויימים הקשורים לריקבון בשכבות ההנהגה מתגלים, נוקטים צעדים ונפסקים על ידי כך. זה חיובי, אין כאן מקום להתלונן. אולם, נוצר הרושם שבבת אחת הננו עומדים בפני יותר מדי מקרים מצערים כגון אלה אשר פורסמו בשבוע האחרון, כי ברור הדבר שכאן מדובר אך ורק על גילויים אשר ידועים ועל אלה אשר אי־אפשר היה כבר להסתיר.

הבסיס למקרים — העובדה שאיש בעמדה כלשהי מנצל את עמדתו לטובתו האישית הוא. נכון הדבר שמקרים כאלה קרו גם בארצות אחרות — אפילו במדינות הותיקות והמבוססות באירופה המערבית, וזאת תמיד נחמתנו. אולם אין לשכוח שאצלינו ענינים אלה הן תוצאה מאמונה מצידם של אישים רבים, שהטבות כאלה הנובעות מעבודתם מגיעות להם בהחלט.

עלינו לעקור תופעה זו מקרבנו. עלינו לדאוג לכך שהאשמים יענשו בכל חומר הדין והמסורת, ולא על ידי בית דין משמעתי או הממונים עליהם. כי למען הבראה שלמה של מנגנוני מדינתנו חובה עלינו לדאוג לכך שהריקבון הזה לא יתרחב בחברתנו. בעובדה זו תלוי בטחוננו לא פחות מכל האמצעים והמאמצים בכיוון הידוע לסכן בטחון ישראל.

מ. ב.

ZUVIEL „RUEGEN"

Natürlich sollten wir uns darüber freuen, dass Rügen ausgesprochen werden, sind sie doch schliesslich ein Zeichen dafür, dass bestimmte Fehldispositionen, Eigenmächtigkeiten und die Benutzung einer hohen Position durch Angehörige der führenden Schicht des Landes aufgedeckt werden. Dann kommt mindestens eine Rüge zustande und, wie gesagt, das ist ein begrüssenswerter Vorgang — wenn man davon absieht, um wieviel besser es doch wäre, wenn es erst garnicht zu der Tat als solcher gekommen wäre. Das Ganze also ist ein positiver Vorgang, hier gibt es keinen Grund zur Klage. Nur, wir können uns des Eindruckes nicht erwehren, dass wir, zu gleicher Zeit, vor zuviel solcher Erscheinungen stehen — so wie sie in der letzten Woche veröffentlicht worden sind. Denn es ist klar und selbstverständlich, es handelt sich ja hierbei nur um jene Fälle, die in die Oeffentlichkeit gelangten, *um jene Fälle, die eben nicht mehr verborgen werden konnten.*

Die Grundlage für all diese Vorfälle liegt ganz einfach darin, dass Menschen in hohen Positionen ihre Stellung für persönliche Vorteile ausnutzen. Natürlich gibt es solche Erscheinungen in der ganzen Welt, in den freien, den demokratischen Ländern ebenso wie in denen der Diktaturen und Unterdrückung. Auch die alten, basierten Staaten des alten Kontinents kennen sie, oft genug lesen wir von derartigen Vorfällen in den Spalten der Presse. Haben wir wieder einmal *von einem derartigen Skandal* in einem anderen Lande, vor allem einem solchen der entwickelten, der Industriewelt, Kenntnis erhalten, löst das bei uns eine gewisse Freude aus — wir trösten uns dann damit, indem wir darauf hinweisen, dass also auch „bei ihnen soetwas vorkommen kann." Nur darf in diesem Zusammenhange bei uns nicht vergessen und nicht übersehen werden, dass, leider, nicht wenige unserer Menschen der festen Überzeugung sind, solche Vorteile, Vergünstigungen und was es dergleichen noch geben mag, kommen ihnen, auf Grund ihrer Position in Volk und Gesellschaft, durchaus zu.

Es ist unsere Pflicht, wir sind mit allem Nachdruck dazu aufgerufen, derartige Erscheinungen aus unserer Mitte zu entfernen, solche negativen Vorfälle u. Einstellungen mit der Wurzel auszureissen. Wir haben dafür zu sorgen, dass Schuldige an derartigen Fällen mit der ganzen Schwere des Gesetzes bestraft werden, wobei die moralische Seite eine entscheidende Rolle zu spielen hat. Es genügt keineswegs, wenn dann die disziplinarischen Kommissionen eines Betriebes oder einer Behörde bemüht werden, wenn die Vorgesetzten eines Menschen, der in diesem Sinne den Rahmen sprengte, ihn rügen, oder irgendwie bestrafen. Für die Gesundung all unserer staatlichen Gremien und ihrer Ausdrucksformen, dafür dass der gesamte Staatsapparat und der aller halboffiziellen Institutionen in unserem Lande frei sei von Fäulniserscheinungen solcher negativer Art, ist es dringend notwendig, schärfste Massnahmen zu ergreifen, um jede Möglichkeit von solchen Peinlichkeiten zu verhindern. Davon nämlich hängt unsere Sicherheit als Bürger nicht weniger ab, als von all jenen Belangen, die wir seit Jahrzehnten als Sicherheitsbelange kennen. Sicherheit ist nur gewährleistet, wenn die Gesellschaft in jedem Sinne des Wortes stark und gesund ist.

M. BIEL

Dr. Gamzu: Inventar wurde im Tel Aviver Museum nie gemacht

Wohin sind zahlreiche kleine Gemälde des Tel-Aviver Museums verschwunden? Man fand bei zahlreichen Privatleuten Bilder vor, wie aus einem Bericht des Museum-Kontrolleurs bekannt wurde.

Dr. Gamzu, Direktor des Tel-Aviver Museums, erklärte gestern über einen Fall, in dem eine Persönlichkeit bei der Pensionierung mit einem Oelgemälde geehrt worden war, ohne jedoch zu wissen, wie es um den ursprünglichen Besitz dieses Bildes bestellt gewesen war. Der Direktor verwies auf den vierzigjährigen Werdegang des Museums, welches verschiedene Stufen zu durchwandern hatte, bevor es in dem grossen gegenwärtigen Gebäude untergebracht werden konnte. Im Laufe der Jahre hatte man stets Bilder registriert, die aus irgendeinem Grunde aus dem Museum an Privatpersonen vergeben oder ausgeliehen wurden. Nicht immer wurde die Frage überprüft, ob das Bild retourniert worden ist. **Ein Inventar der 2000 Bilder, die seinerzeit in das neue Gebäude überführt und dort an den Wänden aufgehängt wurden, konnte wegen Zeit- und Personalmangel nicht vorgenommen werden, sagte Gamzu.** Gegenwärtig kann der Direktor nicht mit Sicherheit die genaue Zahl der im Museum vorhandenen *Bilder und Kunstwerke nennen.* 'Nicht einmal eine Karthotek existiert. Niemand kann sagen, welche Bilder an andere Institutionen oder Ausstellungen ausgeliehen worden sind. Erst in einem halben Jahr, wenn die bereits seit über einem Jahr im Gange befindliche Kontrollarbeit abgeschlossen sein wird, dürfte das Inventar bekannt gegeben werden.

Es wird angenommen, dass Bilder an leitende Angestellte der Stadtverwaltung „ausgeliehen" oder „verschenkt" worden sind.

Bereits vor längerer Zeit war bekannt geworden, dass sich im Amtszimmer eines Vizebürgermeisters ein Gemälde befinde das dem Museum gehört. Dieser Vizebürgermeister wusste jedoch nicht, dass es sich um ein Museumseigentum handelt; als er dies erfuhr, gab er das Gemälde sofort zurück. Daraufhin führte der Kontrollbeamte des Museums, **Schlomo Gross**, eine gründliche Untersuchung durch, die ein ganzes Jahr dauerte. Hierbei wurde festgestellt, dass sich sehr viele Bilder aus dem *Museum als Leihgaben in öffentlichen* Institutionen befinden. Die genaue Nachprüfung ist aber dadurch erschwert, dass die letzte Bestandaufnahme bereits vor 15 Jahren durchgeführt wurde. Es bleibt daher der Verdacht bestehen, dass Dutzende von kleineren Oelgemälden bereits nicht mehr als Leihgaben eingetragen sind, sondern bereits einen neuen Besitzer fanden, der davon überzeugt ist, ein Geschenk erhalten zu haben.

Die Tel-Aviver Stadtverwaltung hat eine Nachprüfung der Angelegenheit zugesagt, will aber *die Rückkehr von Bürgermeister* **Schlomo Lahat**, der sich derzeit in Urlaub befindet, abwarten. Der Stellvertreter des Sprechers der Stadtverwaltung, **Awner Halevi**, ist davon überzeugt, dass sich alle fehlenden Bilder auffinden lassen. Der Sprecher des Museums, **Schmuel Stempter**, wollte sich zu dieser Affäre nicht äussern.

★

In Paris ist derzeit eine polizeiliche Untersuchung über den Diebstahl wertvoller Bilder aus Safes der Rothschild Bank im Gange. Der bisher aufgedeckte Schaden geht in die Millionen Franken. Vor einigen Tagen fand man einen leeren Tresor, der geschlossen war, vor. Alle Bilder fehlten. Der unbekannte Einbrecher hatte alles an sich genommen: Geld, Wertpapiere und die Bilder. Sogar die Schlüssel anderer Tresoren fehlen. Sie wurden aus dem Safe der Bankdirektion entwendet. Drei Mal hatte der Einbrecher nach bisherigen Informationen d. Tresoren aufgemacht, deren Inhalt ausgeleert, danach die Safes *geschlossen.*

Prozess gegen Terroristen

Vor dem Militärgericht in Lod begann gestern der Prozess gegen zwei Terroristen, die unter Anklage stehen, ein Massaker in Haifa, sowie den Angriff auf einen Autobus bei Zfat geplant zu haben. Die Terroristen stammen aus dem Dorf Majdal Krum im Oberen Galil.

Es handelt sich um Schchade Raschid und um Dib Jamal Mustafa, die dem Fatah-Verband angehörten und im Besitz von Waffen und Sprengstoff angetroffen worden sind.

Gefaelschte Fuehrerscheine

***700 gefälschte internationale* Führerscheine wurden dieses Jahr bei den israelischen Lizenzämter vorgelegt** und die Inhaber versuchten, sie in israelische Führerscheine umzutauschen. 200 weitere internationale Führerscheine werden zur Zeit noch genau geprüft. Ueber 100 Personen wurden im Zusammenhang mit dieser Affäre inzwischen festgenommen und wurden dann von den Gerichten gegen Kaution vorläufig freigelassen.

In 600 Fällen erfolgte Freilassung ohne jede Anordnung eines Haftbefehls. Die gefälschten internationalen Führerscheine wurden zumeist in der USSR fabriziert.

Dayen erfuellte sein Versprechen nach 17 Jahren

Nach 17 Jahren erfüllte Ex-Verteidigungsminister Mosche Dayan sein Versprechen, das er einst gegeben hatte, und traf mit der ägyptischen Schriftstellerin, Sana Hassan, zusammen, die sich seit einigen Wochen zum Besuch im Lande aufhält.

Einer der Freunde von Sana Hassan, hatte den Sprecher des Sicherheitsministeriums, Lavi, gebeten, Sana Hassan eine Zusammenkunft mit Dayan zu ermöglichen. Sana Hassan hatte daran erinnern lassen, dass sie als Kind im Jahre 1957 mit Dayan, der damals Generalstabschef war, im Flugzeug zusammengetroffen war. Das kleine Mädchen hatte von Dayan ein Autogramm bekommen und der Generalstabschef hatte das Kind zu einem Besuch nach Israel eingeladen.

Dieser Hinweis reichte bei Dayan völlig aus, der sich sofort an den Vorgang erinnern konnte, und Sana Hassan wurde von Dayan zu einer privaten eineinhalbstündigen Besprechung empfangen.

In Aegypten hat übrigens der langandauernde Besuch von Sana Hassan in Israel grosse Misstimmung erregt. Pressekommentatoren erklären, dass der Ehegatte von Sana Hassan, der als Sprecher des Aussenministeriums fungiert, wegen dieses „Fehltritts" seiner Frau seine politische Karriere beendet hat.

Befuerchtung :
Noten-Presse soll Kassendefizite decken

Finanzkreise äussern die Befürchtung, dass das Finanzministerium sich genötigt sehen wird, zu inflationistischen Mitteln und zum Selbstdrucken zu greifen, um drückende Kassendefizite zu decken.

In der letzten Zeit sind die Einnahmen aus dem Verkauf wertgebundener Pfandbriefe erheblich zurückgegangen. Die Eingänge haben längst nicht die im Budget vorgesehenen Beträge erreicht. Das Finanzministerium und die Bank Israel hatten auf Einnahmen von einer Milliarde IL aus dieser Quelle gerechnet, und jetzt glaubt das Finanzministerium, dass diese Summe nicht erreicht werden kann. Das Fehlen der erforderlichen Summe wird das Finanzministerium dazu nötigen, Kredite bei der Staatsbank aufzunehmen. Auch bei den Eingängen aus der kurzfristigen Anleihe sind erhebliche Rückgänge zu verzeichnen. Das Publikum kauft diese Anleihen nicht mehr, da die Zinsen gegenüber anderen Wertpapieren ausserordentlich niedrig sind.

Im Staatsetat ist eine Summe von IL 4.3 Milliarden für den Absatz von Staatsanleihen vorgesehen, und das Finanzministerium wird in grosse Schwierigkeiten geraten, wenn diese Summen nicht eingehen sollten. Vorläufig ist noch nicht klar, welchen Schritten die Regierung greifen wird.

Aus dem Kurszettel der Tel-Aviver Börse

OBLIGATIONEN	20.8.1974	22.8.1
6% Devel. Loan Serie 4 bearer $ linked	269.5	265
5% Israel Electr. „B" $ linked	137.1	135
6% Industrial Devel. Bank Serie 8 $ linked	251.5	252
5% Dead Sea Works bearer $ linked	140.5	140
6½% Zim $ linked	125.5	125
Milve Klita 1961 Index 126,3	280	273
Milve Klita 1962 Index 132,6	255	255
Milve Klita 1964 Index 138,5	352	352
Milve Klita 1965 Index 130,1	316.5	319
Milve Klita 1966 Index 118,6	263	261
Milve Klita 1967 Index 118,9	255	248
AKTIEN-MARKT		
Ozar Hitiaschwut ord. shares reg.	192.5	232.
I.L.D.C. Bankholding Ord sh.	220	220
Bank Leumi „A" ord Stock	213	209
General Mortg. Bank ord. shares bearer	239.5	239
1st Dev & Mortg. Bank „B" ord sh.	241	241
Hassneh Insurance ord shares	157	156
Housing Mortg. Bank „B" ord sh.	214.5	215
Delek ord shares reg.	118	122
Pal. Cold. Stor & Suppl IL 10	140.5	140
Africa Pal. Investments ord sh. reg. IL 10 b	270	268
Israel Land Development ord. sh reg. IL 10	127	127
Solel Boneh Build. Works 10% bearer	218.5	218.5
Mehadrin	157	153
Anglo Israel Investment	178.5	175
Neot Aviv	74	75
Rassco 8% pref. ord. shares reg.	75	76
Ata „C" ord reg. shares	101	101
Dubek	410	405
Phoenicia 8% ord pref part bearer	75	75
Amerikan Israel Papper Mills	250.5	256
Assis	180.5	175
Elgar Investment bearer	75	75
Ellern Investment Ltd bearer	129	135
Pas Investments	87	86
Wolfson Clore Mayer Corp reg IL 10	78	78.5
Discount Bank Inv bearer	145	147
Bank Leumi Investment ord shares	175	175
Export Bank Investment	61	61
Clal Industries	152	159
Naphta Ltd. ord shares	90	90
Lappidot ord shares reg	178	178
I.L.D.C. 10% conv. deb.	73	72.5
Ata 10% conv. deb.	77.5	77.5
D-Mark per $	2.6455/70	2.6300/2
Swiss Fr per $	3.0100/30	2.9860/9
D-Mark	1.57	1.58
Natad (unter Banken)	4.53	4.54

TENDENZ AM GESTRIGEN BOERSENMARKT
übermittelt durch die Wertpapierabteilung der Japhet Bank
Ohne Obligo

** = ex rights		K = Nur Käufer
* = ex coup. div.		V = Nur Verkäufer
		S = Schlusskurs
Dollar Bonds		schwächer
Index Bonds		fester
Aktien		schwächer

Tagesklinik im Schaarej Zedek Krankenhaus in Jerusalem

Zum ersten Mal ist in Jerusalem ein Tageskrankenhaus gegründet worden. Im Schaarej Zedek Krankenhaus wurde diese Abteilung ins Leben gerufen, da man mit diesem System dem ernsten Mangel an Krankenpflegern begegnen will. Das Heim soll vor allem chronischen Kranken und Greisen dienen, die ärztlicher Behandlung bedürfen, aber des Nachts in ihrem Heim schlafen können.

Prof. Jaakow Menschel, Direktor des neuen Krankenhauses, erzählte gestern, die Abteilung nimmt in den frühen Morgenstunden die Arbeit auf und wird am Vorabend geschlossen. Die Kranken, die nicht allein kommen können, werden in den Ambulanzen des Krankenhauses in die Tagesklinik befördert, behandelt und abends nach Hause transportiert. Der Patient geniesst den Vorteil, den Abend und die Nacht im Kreise seiner Familie verbingen zu können.

Durch diese Neueinführung wird dem Patienten nicht nur physisch, sondern auch seelisch geholfen, sagte Menschel.

Dr. M. Kurz : Israels Sozialarbeiter in afrikanischen Laendern beliebt

(AY) — Auf einer Pressekonferenz in Tel Aviv berichtete eine zehnköpfige Delegation Israels, die an drei internationalen Tagungen im Juli in Nairobi teilnahm, über die Tagungsergebnisse. Es handelte sich zuerst um die Tagung des Schulnetzes der Sozialarbeiter in aller Welt, danach um die Tagung der Föderation der Sozialarbeiter und schliesslich um die Tagung, auf der Probleme der Sozialarbeit erörtert wurden. Letztere Tagung war die grösste ihrer Art.

Dr. Mosche Kurz, Generaldirektor des Wohlfahrtsministeriums, gab bekannt, der Abbruch der diplomatischen Beziehungen zwischen Israel und Kenia hat sich auf die Beziehungen israelischer und afrikanischer Sozialarbeitsminister nicht ausgewirkt. Verschiedene Minister afrikanischer Nationen luden Dr. Kurz einige Male zu Gesprächen ein, die in herzlicher Atmosphäre verliefen. In Kenia gibt es eine Schule für Sozialarbeit, welche vor neun Jahren von **Dr. Miriam Hoffert** aus Israel gegründet worden war. In dieser Institution wurde ebenfalls eine Tagung von Sozialarbeitern abgehalten, der Dr. Kurz beiwohnte. Absolventen dieser Schule, zumeist Schüler aus Kenia, ersuchten den israelischen Gast, für sie ein Seminar zu organisieren. Das Seminar, bei dem vor allem israelische Gäste Vorlesungen hielten, fand stürmischen Anklang.

NAECHSTE TAGUNG IN ISRAEL

Die nächste Tagung für Sozialdienste wird in vier Jahren ihre Tagung abhalten. Auf der Tagung in Nairobi stand die Vorlesung von Sima Harman im Mittelpunkt des Interesses, erzählten die Teilnehmer.

Toedliche Unfaelle

Drei Personen fanden bei Verkehrsunfällen den Tod. Das Ehepaar *Malka und L. Granot, Mitglieder* des Kibbuz Zeelim, sowie die französische Touristin Sara Levi, fanden den Tod. Drei andere Personen wurden schwer verletzt. Das Unglück ereignete sich unweit von Beer Schewa, als das Privatfahrzeug mit einem Lkw zusammenstiess.

Zwei Zwillingsbrüder, Kassem und Ali Basir, beide elf Jahre alt, sind in einer Regenwassertonne im Dorf Arabe im Westgalil ertrunken. Sie stammen aus dem benachbarten Kafr Sachnin.

aus dem Lande

Gratulationen an N. Rockefeller anlässlich seiner Nominierung zum Vizepräsidenten der USA sandte Frau Golda Meir.

Das Problem der Luftverpestung in Israel kann unverzüglich gelöst werden, wenn der öffentliche Verkehr nicht nur *mit Benzin, sondern auch mit* Gas betrieben wird, sagte Professor Jouka van der Weide, Leiter des internationalen Verkehrsinstituts von Holland, in einem Vortrag im Tel Aviver Erdöl-Institut. Die Pazgas-Gesellschaft hatte van der Weide eingeladen. Dem Publikum wurden ein *Dan-Autobus, ein Lkw,* sowie ein Privatwagen vorgeführt, die mit Gas betrieben wurden.

Der Kopel-Tours Konzern hat in New York in der Madison-Avenue eine Niederlassung eröffnet, die in Zusammenarbeit mit EL AL für Winter-Touristik nach Israel werben wird.

47 internationale Kongresse werden 1975 in Israel abgehalten werden, erklärte der Sprecher des Touristik-Ministeriums.

Israel Awidor ist zum Sekretär des Noar Hoowed ernannt worden. Der neue Sekretär gehört dem Kibbuz Kfar Hanassi an.

Der Natad-Dollar stieg gestern um eine Agora und belief sich auf IL 4.54.—. Dagegen liessen die Aktienkurse nach, während die indexgebundenen Wertpapiere, die weit unter ihren Nominalwert gesunken waren, leicht anzogen. Ihr Kurs erhöhte sich durchschnittlich um eineinviertel bis eineinhalb Prozent.

PREIS FUER AUFDECKUNG DES THORA-DIEBSTAHLS

Der Religiöse Rat von Or Jehuda hat einen Preis in Höhe von IL 1000 für die Aufdeckung des Thora-Diebstahls ausgesetzt und wandte sich an die Polizei einen Sonderstab zur Untersuchung des Falles einzusetzen.

VERAERGERUNGEN *IN LOD*

Im BG-Flughafen waren gestern etwa 400 Passagiere eines aus New York eingetroffenen EL AL Jumbo Jet ausserordentlich nervös und verärgert, als sie ungefähr 95 Minuten auf ihr Reisegepäck warten mussten. Besonders regten sie sich darüber auf, dass es kein Beamter der EL AL-Gesellschaft für richtig fand, ihnen die Ursache der verspäteten Ankunft des Gepäcks zu erklären.

PIANISTEN-WETTBEWERB

Auf einer Pressekonferenz wurde bekanntgegeben, dass der erste internationale Pianistenwettbewerb auf Namen Arthur Rubinstein in Israel vom 1. bis zum 15. September abgehalten werden wird.

ISRAEL NACHRICHTEN
חדשות ישראל
TAGESZEITUNG IN DEUTSCHER SPRACHE
— Nr. 198 —
Abonnement und Anzeigenabteilung: Tel. 32675
Abonnement Tel-Aviv: Tel. 724881
Redaktion: Tel. 30014
Nacht Redaktion ab 17.30 Uhr, Tel. 32675
Tel-Aviv, Harakewet Str. 52

